Gesetz vom, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes, das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, die Burgenländische Gemeindeordnung 2003, das Eisenstädter Stadtrecht 2003 und das Ruster Stadtrecht 2003 geändert werden

Der Landtag hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- Artikel 1 Änderung des Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes
- Artikel 2 Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages
- Artikel 3 Änderung der Burgenländischen Gemeindeordnung 2003
- Artikel 4 Änderung des Eisenstädter Stadtrechtes 2003
- Artikel 5 Änderung des Ruster Stadtrechtes 2003

Artikel 1 (Verfassungsbestimmung)

Änderung des Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes

Das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG), LGBl. Nr. 42/1981, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 43/2020, wird wie folgt geändert:

1. *Im Inhaltsverzeichnis lautet der Eintrag zu Artikel 62 „Informationspflicht“ und zu Artikel 69 „Informations- und Beschwerderecht der Bürgerinnen und Bürger“.*

2. *Artikel 14 lautet:*

„Artikel 14 Landtagsklubs

(1) Abgeordnete, die derselben wahlwerbenden Partei angehören, bilden den Landtagsklub dieser Partei.

(2) Mitglieder der Landesregierung gehören jeweils dem Landtagsklub jener Abgeordneten derselben wahlwerbenden Partei bei der Landtagswahl an, auf Grund deren Wahlvorschlag (Artikel 53 Absatz 4) sie zu Mitgliedern der Landesregierung gewählt wurden. Sofern die Person bei der Landtagswahl keiner wahlwerbenden Partei angehört hat, ist bei gemeinsamen Wahlvorschlägen zudem klarzustellen, welchem Landtagsklub das Regierungsmitglied zuzuordnen ist.“

3. *In Artikel 21 Abs. 1 wird das Wort „wird“ durch die Wortfolge „sowie der besondere Schutz und die Geheimhaltung von Informationen und der Schutz personenbezogener Daten im Bereich des Landtages werden“ ersetzt.*

4. *Dem Artikel 21 wird folgender Abs. 3 angefügt:*

„(3) Das Parlamentarische Datenschutzkomitee ist zuständig für die Aufsicht über die Datenverarbeitungen

1. des Landtages einschließlich dessen Mitgliedern in Ausübung ihres Mandates, seiner Organe, insbesondere des Landes-Rechnungshofes, sowie der Funktionärinnen oder Funktionäre von Untersuchungsausschüssen gemäß Artikel 46 Absatz 1 und 1a L-VG, § 53 und Anlage 1 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages und
2. im Bereich der Verwaltungsangelegenheiten des Landtages und seiner Organe.“

5. *Artikel 62 lautet:*

„Artikel 62 Informationspflicht, Geheimhaltung

(1) Die Landesregierung hat nach Maßgabe des Artikel 22a Absatz 1 und 2 B-VG Informationen von allgemeinem Interesse in einer für jedermann zugänglichen Art und Weise zu veröffentlichen und jedermann Zugang zu Informationen zu gewähren.

(2) Die Mitglieder der Landesregierung sind zur Geheimhaltung über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, soweit und solange deren Geheimhaltung aus zwingenden integrations- oder außenpolitischen Gründen, im Interesse der nationalen Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Vorbereitung einer Entscheidung, zur Abwehr eines erheblichen wirtschaftlichen oder finanziellen Schadens einer Gebietskörperschaft oder eines sonstigen Selbstverwaltungskörpers oder zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen erforderlich ist.

(3) Von der Verpflichtung zur Wahrung von Geheimhaltungspflichten können die Mitglieder der Landesregierung in den Angelegenheiten der Landesverwaltung durch einen unter sinngemäßer Anwendung des Artikels 60 Absatz 2 zu fassenden Beschluss der Landesregierung entbunden werden. In den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen erfolgt die Entbindung durch den Landeshauptmann.“

6. Artikel 65 Abs. 2 entfällt.

7. Artikel 69 lautet:

„Artikel 69

Informations- und Beschwerderecht der Bürgerinnen und Bürger

Die Landesregierung hat im Amt der Landesregierung und in jeder Bezirkshauptmannschaft eine rechtskundige oder einen rechtskundigen Bediensteten zu beauftragen, Bürgerinnen und Bürgern in Rechtsangelegenheiten Informationen zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen.“

8. In Artikel 74 Abs. 2 Z 2 wird am Ende der lit. a das Wort „sowie“ durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende lit. c angefügt:

„c) öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Fonds, Stiftungen und Anstalten mit Mitteln des Landes;“

9. In Artikel 74 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Die für die Überprüfung der Gemeinden geltenden Bestimmungen des Absatz 2 finden sinngemäß Anwendung auf die Überprüfung der Gebarung der Gemeindeverbände.“

10. Artikel 75 Abs. 4 lautet:

„(4) Die Mitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses sind zur Geheimhaltung von aus der amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, soweit und solange deren Geheimhaltung aus den in Artikel 22a Absatz 2 zweiter Satz B-VG genannten Interessen erforderlich ist und sie davon nicht vom Landes-Rechnungshofausschuss selbst entbunden sind, wobei die näheren Bestimmungen durch die Geschäftsordnung des Landtages zu treffen sind.“

11. Dem Artikel 90 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Die Änderung im Inhaltsverzeichnis, Art. 14, 21 Abs. 1 und 3, Art. 62, 69 und 74 Abs. 2 und 2a sowie Art. 75 Abs. 4 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. September 2025 in Kraft; gleichzeitig entfällt Art. 65 Abs. 2.“

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages

Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, LGBl. Nr. 47/1981, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 54/2020, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Der Eintrag zu § 28a lautet:

„§ 28a Wahrung des Datenschutzes und Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich des Landtages“

b) Nach dem Eintrag zu § 28a werden folgende Einträge eingefügt:

„§ 28b Rechte betroffener Personen

§ 28c Datenschutz bei zugeleiteten Verhandlungsgegenständen

§ 28d Datenschutzbelehrung“

2. In § 5 Abs. 6 wird jeweils nach der Wortfolge „Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages“ sowie den Zitaten „LGBl. Nr. 47/1981“ und „LGBl. Nr. 76/2013“ ein Beistrich und nach dem Wort „Fassung“ die Wortfolge „des Gesetzes“ eingefügt.

3. Dem § 10 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Unbeschadet Artikel 14 Absatz 2 L-VG sind Mitglieder der Landesregierung bei der Mindestzahl nach Abs. 3, der Berechnung der Ausstattung mit Personal und Sacheinrichtungen nach Abs. 6 sowie im Hinblick auf die Höhe der Unterstützung nach dem Burgenländischen Landtagsklubsfinanzierungsgesetz - Bgld. LKFinG, LGBl. Nr. 79/2012 in der jeweils geltenden Fassung, nicht zu berücksichtigen.“

4. In § 17 Abs. 4 Z 2 wird das Zitat „Gesetzes BGBl. Nr. 40/2014“ durch das Zitat „Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 40/2024“ ersetzt.

5. In § 22 Abs. 9 wird nach dem Wort „Anträge“ die Wortfolge „- ausgenommen Abänderungsanträge -“ eingefügt, die Wortfolge „bis zum Beginn der Abstimmung im Ausschuß“ durch die Wortfolge „bis eine Stunde vor Beginn der Sitzung im Plenum“ ersetzt und nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Abänderungsanträge können hingegen bis zum Beginn der Abstimmung im Ausschuss vom Antragsteller geändert oder zurückgezogen werden.“

6. In § 24 Abs. 4 und 5 wird jeweils die Wortfolge „um 15 Uhr“ durch die Wortfolge „nach fünf Stunden“ ersetzt.

7. Die Überschrift zu § 28a lautet:

„Wahrung des Datenschutzes und Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich des Landtages“

8. In § 28a Abs. 1 entfällt nach dem Zitat „§ 1“ das zweite Wort „des“ und das Zitat „BGBl. I Nr. 14/2019“ wird durch das Zitat „BGBl. I Nr. 70/2024“ ersetzt.

9. Dem § 28a werden folgende Abs. 3 bis 8 angefügt:

„(3) Der Landtag einschließlich seiner Mitglieder, seine Organe sowie die Funktionäre von Untersuchungsausschüssen im Sinne des Artikel 46 Absatz 1 und 1a L-VG, § 53 sowie der **Anlage 1**, sind berechtigt, personenbezogene Daten für Zwecke der Gesetzgebung, der Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes einschließlich deren Kontrolle sowie der Mitwirkung an Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu verarbeiten.

(4) Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. Nr. L 119 vom 04.05.2016 S. 1 (im Folgenden: DSGVO), ist für Zwecke der Gesetzgebung, der Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes einschließlich deren Kontrolle sowie der Mitwirkung an Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zulässig, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist und somit und solange ein erhebliches öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen bestehen.

(5) Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über gerichtlich oder verwaltungsbehördlich strafbare Handlungen oder Unterlassungen, insbesondere auch über den Verdacht der Begehung von Straftaten, sowie über strafrechtliche Verurteilungen oder vorbeugende Maßnahmen ist für Zwecke der Gesetzgebung, der Mitwirkung an der Kontrolle der Vollziehung des Landes einschließlich deren Kontrolle sowie der Mitwirkung an Vorhaben im Rahmen der Europäischen Integration zulässig, soweit und solange dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

(6) Verantwortlicher gemäß Art. 4 Z 7 DSGVO für Datenverarbeitungen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landtages, seiner Organe und dessen Mitglieder sowie der Funktionäre des Verfahrensrichters und -anwalts gemäß **Anlage 1** einschließlich der jeweiligen Vorbereitung ist der Landtag. Der Landtag handelt durch die im Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages vorgesehenen Organe und Mitglieder.

(7) Der Landtag wird nach außen durch den Präsidenten des Landtages vertreten. Er entscheidet für den Landtag über datenschutzrechtliche Anträge von betroffenen Personen und vertritt den Landtag in behördlichen oder gerichtlichen Verfahren in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten des Landtages.“

10. Nach § 28a werden folgende §§ 28b bis 28d eingefügt:

„§ 28b

Rechte betroffener Personen(1) Für Verhandlungsgegenstände, die im Landtag entstehen, und deren Vorbereitung gelten die Rechte der betroffenen Personen gemäß den Art. 13 bis 19 und 21 DSGVO und § 1 Abs. 3 DSG, im Hinblick auf Art. 23 Abs. 1 lit. e und h DSGVO nach Maßgabe der Abs. 2 bis 8. Dasselbe gilt für sonstige Anträge und die dazu gefassten Beschlüsse, Verlangen, Berichte der Ausschüsse, Minderheitsberichte, abweichende persönliche Stellungnahmen, Stenographische Protokolle und auszugsweise Darstellungen, Konsultationsvereinbarungen sowie sonstige parlamentarische Dokumente, die im Landtag entstehen, und deren jeweilige Vorbereitung.

(2) Die nach Art. 13 und 14 DSGVO vorgeschriebenen Informationen sind in Form einer Erklärung auf elektronischem Weg zur Verfügung zu stellen (Datenschutzerklärung). Die Informationspflichten gemäß Art. 13 Abs. 1 lit. e sowie Art. 14 Abs. 1 lit. d und e und Abs. 2 lit. f DSGVO finden keine Anwendung.

(3) Das Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DSGVO und § 1 Abs. 3 DSG findet in Bezug auf Datenverarbeitungen durch den Landtag einschließlich seiner Mitglieder sowie der Funktionäre von Untersuchungsausschüssen im Sinne des Artikel 46 Absatz 1 und 1a L-VG, § 53 sowie der **Anlage 1** keine Anwendung

1. bei nicht-öffentlichen Informationen oder Gegenständen und Inhalten nichtöffentlicher, vertraulicher oder geheimer Beratungen, Verhandlungen, Sitzungen und Beschlüsse,
2. hinsichtlich der Rechte gemäß Art. 15 Abs. 1 lit. c und g sowie Abs. 3 DSGVO,
3. in Bezug auf einzelne oder mehrere Mitglieder des Landtages in Ausübung ihres Mandates.

(4) Das Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO und § 1 Abs. 3 DSG ist auf Schreibfehler und andere offensichtliche Unrichtigkeiten beschränkt. Zu darüberhinausgehenden unrichtigen oder unvollständigen personenbezogenen Daten kann die betroffene Person eine (ergänzende) Erklärung abgeben, die ohne Kosten für die betroffene Person gemeinsam mit den als unrichtig oder unvollständig gerügten personenbezogenen Daten zu veröffentlichen ist. In Bezug auf wörtliche Protokolle über die Befragung von Auskunftspersonen und Sachverständigen in einem Untersuchungsausschuss besteht das Recht auf Berichtigung für Auskunftspersonen bzw. Sachverständige nur im Rahmen und Umfang der **Anlage 1**.

(5) Das Recht auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO und § 1 Abs. 3 DSG umfasst bei den in Abs. 1 genannten parlamentarischen Dokumenten nur das Recht auf Entfernung veröffentlichter personenbezogener Daten von der Website des Landtages.

(6) Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO und die Mitteilungspflicht gemäß Art. 19 DSGVO kommen nicht zur Anwendung.

(7) Das Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO ist auf die Veröffentlichung der in Abs. 1 genannten parlamentarischen Dokumente beschränkt. Anstelle eines Nachweises überwiegender schutzwürdiger Gründe für die Verarbeitung durch den Verantwortlichen genügt die Glaubhaftmachung solcher Gründe.

(8) Sämtliche in Abs. 2 bis 7 genannten Beschränkungen gelangen nur insoweit zur Anwendung, als die Beschränkung jeweils zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landtages und seiner Mitglieder, seiner Organe sowie der Funktionäre von Untersuchungsausschüssen im Sinne des Artikel 46 Absatz 1 und 1a L-VG, § 53 sowie der **Anlage 1** geeignet und erforderlich ist.

§ 28c

Datenschutz bei zugeleiteten Verhandlungsgegenständen

(1) In Bezug auf dem Landtag zugeleitete Verhandlungsgegenstände sind die Rechte der betroffenen Personen gemäß den Art. 15 bis 21 DSGVO und § 1 DSG beim jeweiligen Urheber geltend zu machen. Urheber im Sinne dieses Gesetzes ist das Organ, unter dessen Aufsicht und Verantwortung Informationen erstellt oder dem Landtag zugeleitet wurden. Der Urheber hat den Landtag unverzüglich schriftlich über allenfalls getroffene Veranlassungen zu informieren und gegebenenfalls eine datenschutzrechtlich angepasste Version zu übermitteln. Diese ist der weiteren Behandlung im Landtag zugrunde zu legen, sofern dem nicht überwiegende Gründe entgegenstehen.

(2) Abs. 1 erster und dritter Satz gelten sinngemäß in Bezug auf Akten und Unterlagen, die einem Untersuchungsausschuss des Landtages gemäß Artikel 46 L-VG vorgelegt wurden, sowie für sonstige zugeleitete parlamentarische Dokumente und Stellungnahmen.

§ 28d

Datenschutzbelehrung

Alle Landtagsabgeordneten sind nachweislich über die einschlägigen datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten sowie über die Folgen einer Verletzung von Datenschutzvorschriften zu belehren.“

11. In § 29 Abs. 6 und in § 30 Abs. 1 wird jeweils die Wortfolge „jedoch um 15 Uhr“ durch die Wortfolge „nach fünf Stunden“ ersetzt.

12. In § 31a Abs. 5 entfällt der letzte Satz.

13. In § 58 Abs. 1 wird jeweils das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt, nach der Wortfolge „hierüber ist“ die Wortfolge „, sofern keine Debatte stattfindet,“ und nach dem Wort „vorzunehmen“ die Wortfolge „; findet eine Debatte statt, so erfolgt die Abstimmung nach Schluss dieser Debatte“ eingefügt.

14. Dem § 58 werden folgende Abs. 3 bis 5 angefügt:

„(3) Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung schriftlich eine Debatte über Anträge gemäß Abs. 1 oder 2 verlangen. Kurze Debatten über einen Fristsetzungsantrag werden von einem Antragsteller bzw. einem Abgeordneten, der ein diesbezügliches Verlangen unterzeichnet hat, eröffnet, wobei dessen Redezeit drei Minuten beträgt. Danach kann jeder Klub einen Redner melden, dessen Redezeit auf drei Minuten beschränkt ist. Bei gleichzeitiger Wortmeldung richtet sich die Reihenfolge der Worterteilung nach der Stärke der Klubs. Von Abgeordneten, die demselben Klub angehören, kann nur ein solches Verlangen pro Sitzungswoche eingebracht werden. Wird ein solches Verlangen von Abgeordneten mehrerer Klubs unterstützt, ist es dem Klub, dem der Erstunterzeichner angehört, anzurechnen. Gehört dieser keinem Klub an, gilt diese Bestimmung hinsichtlich des Zweitunterzeichners und so weiter.

(4) Die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung (§ 65) finden keine Anwendung.

(5) Debatten gemäß Abs. 3 finden nach Erledigung der Tagesordnung statt.“

15. Nach § 71 Abs. 9 wird folgender Abs. 10 eingefügt:

„(10) Für die Anträge gemäß Abs. 5 oder 8 können fünf Abgeordnete vor Eingang in die Tagesordnung schriftlich eine Debatte verlangen. Für diese gelten die Regelungen nach § 58 Abs. 3 bis 5.“

16. In § 78 Abs. 4 wird das Wort „Verschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltung“, das Wort „aufgrund“ durch die Wortfolge „auf Grund“ ersetzt und nach dem Wort „verpflichtet,“ die Wortfolge „soweit und solange“ sowie nach der Wortfolge „Geheimhaltung im“ die Wortfolge „überwiegend berechtigten“ eingefügt.

17. Dem § 84 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Das Inhaltsverzeichnis, § 5 Abs. 6, § 10 Abs. 7, § 17 Abs. 4, § 22 Abs. 9, § 24 Abs. 4 und 5, die Überschrift zu § 28a, § 28a Abs. 1, 3 bis 8, §§ 28b bis 28d, § 29 Abs. 6, § 30 Abs. 1, § 31a Abs. 5, § 58 Abs. 1, 3 bis 5, § 71 Abs. 10, § 78 Abs. 4 sowie die **Anlage 1** in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. September 2025 in Kraft.“

Artikel 3

(Verfassungsbestimmung)

Änderung der Burgenländischen Gemeindeordnung 2003

Die Burgenländische Gemeindeordnung 2003 - Bgld. GemO 2003, LGBl. Nr. 55/2003, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 18/2022, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Eintrag zu § 17 wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 17a Geheimhaltung“

b) Der Eintrag zu § 18 lautet:

„§ 18 Angelobung, Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

2. Nach § 17 wird folgender § 17a eingefügt:

„§ 17a

Geheimhaltung

Die Organe der Gemeinde sind zur Geheimhaltung über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, soweit und solange deren Geheimhaltung aus zwingenden integrations- oder außenpolitischen Gründen, im Interesse der nationalen Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Vorbereitung einer Entscheidung, zur Abwehr eines erheblichen wirtschaftlichen oder finanziellen Schadens einer Gebietskörperschaft oder eines sonstigen Selbstverwaltungskörpers oder zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen erforderlich ist.“

3. Die Überschrift zu § 18 lautet:

„Angelobung, Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

4. In § 18 wird in Abs. 1 die Wortfolge „die Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt und Abs. 5 lautet:

„(5) Die Mitglieder des Gemeinderats (Ersatzmitglieder nach § 15a) können in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs vom Gemeinderat von der Verpflichtung zur Geheimhaltung entbunden werden, wenn dies durch ein öffentliches Interesse, insbesondere durch Interessen der Rechtspflege, gerechtfertigt ist.“

5. In § 40 Abs. 2 wird das Wort „Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt.

6. In § 53 Abs. 4 erster Satz wird das Wort „zehn“ durch die Zahl „10“ ersetzt.

7. § 53 Abs. 4 letzter Satz lautet:

„Einem solchen Verlangen ist innerhalb von vier Wochen zu entsprechen, sofern nicht überwiegende Geheimhaltungsgründe gemäß Art. 22a Abs. 2 B-VG entgegenstehen.“

8. In § 99 wird die zweite Absatzbezeichnung „(11)“ durch die Absatzbezeichnung „(12)“ ersetzt und folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) Das Inhaltsverzeichnis, § 17a, die Überschrift zu § 18, § 18 Abs. 1 und 5, § 40 Abs. 2, § 53 Abs. 4 und § 99 Abs. 12 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. September 2025 in Kraft.“

Artikel 4

(Verfassungsbestimmung)

Änderung des Eisenstädter Stadtrechtes 2003

Das Eisenstädter Stadtrecht 2003 - EisStR 2003, LGBl. Nr. 56/2003, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 18/2022, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Eintrag zu § 10 wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 10a Geheimhaltung“

b) Der Eintrag zu § 11 lautet:

„§ 11 Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

2. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a

Geheimhaltung

Die Organe der Stadt sind zur Geheimhaltung über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, soweit und solange deren Geheimhaltung aus zwingenden integrations- oder außenpolitischen Gründen, im Interesse der nationalen Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Vorbereitung einer Entscheidung, zur Abwehr eines erheblichen wirtschaftlichen oder finanziellen

Schadens einer Gebietskörperschaft oder eines sonstigen Selbstverwaltungskörpers oder zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen erforderlich ist.“

3. In § 9 Abs. 1 wird die Wortfolge „die Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt.

4. Die Überschrift zu § 11 lautet:

„Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

5. In § 11 wird das Wort „Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltung“ ersetzt.

6. In § 37 Abs. 2 wird das Wort „Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt.

7. § 51 Abs. 4 letzter Satz lautet:

„Einem solchen Verlangen ist innerhalb von vier Wochen zu entsprechen, sofern nicht Geheimhaltungsgründe gemäß Art. 22a Abs. 2 B-VG entgegenstehen.“

8. In § 73 Abs. 1 letzter Satz entfällt das zweite Wort „Die“.

9. In § 96 wird die zweite Absatzbezeichnung „(11)“ durch die Absatzbezeichnung „(12)“ ersetzt und folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) Das Inhaltsverzeichnis, § 8a, § 9 Abs. 1, § 11 samt Überschrift, § 37 Abs. 2, § 51 Abs. 4, § 73 Abs. 1 und § 96 Abs. 12 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. September 2025 in Kraft.“

Artikel 5

(Verfassungsbestimmung)

Änderung des Ruster Stadtrechtes 2003

Das Ruster Stadtrecht 2003 - Ruster StR 2003, LGBl. Nr. 57/2003, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 18/2022, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Eintrag zu § 8 wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 8a Geheimhaltung“

b) Der Eintrag zu § 11 lautet:

„§ 11 Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

2. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a

Geheimhaltung

Die Organe der Stadt sind zur Geheimhaltung über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, soweit und solange deren Geheimhaltung aus zwingenden integrations- oder außenpolitischen Gründen, im Interesse der nationalen Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Vorbereitung einer Entscheidung, zur Abwehr eines erheblichen wirtschaftlichen oder finanziellen Schadens einer Gebietskörperschaft oder eines sonstigen Selbstverwaltungskörpers oder zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen erforderlich ist.“

3. In § 9 Abs. 1 wird die Wortfolge „die Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt.

4. Die Überschrift zu § 11 lautet:

„Entbindung von der Geheimhaltungspflicht“

5. In § 11 wird das Wort „Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltung“ ersetzt.

6. In § 37 Abs. 2 wird das Wort „Amtsverschwiegenheit“ durch das Wort „Geheimhaltungspflichten“ ersetzt.

7. § 50 Abs. 4 letzter Satz lautet:

„Einem solchen Verlangen ist innerhalb von vier Wochen zu entsprechen, sofern nicht Geheimhaltungsgründe gemäß Art. 22a Abs. 2 B-VG entgegenstehen.“

8. In § 95 wird die zweite Absatzbezeichnung „(11)“ durch die Absatzbezeichnung „(12)“ ersetzt und folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) Das Inhaltsverzeichnis, § 8a, § 9 Abs. 1, § 11 samt Überschrift, § 37 Abs. 2, § 50 Abs. 4 und § 95 Abs. 12 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. September 2025 in Kraft.“

Vorblatt

Ziel und wesentlicher Inhalt:

Die Regeln betreffend Zugehörigkeit zu Landtagsklubs werden nach Vorbild der Niederösterreichischen Landes-Verfassung adaptiert, sodass künftig auch Mitglieder der Landesregierung einem Landtagsklub angehören.

Die Landesverfassung, die Burgenländische Gemeindeordnung 2003, das Eisenstädter Stadtrecht 2003 sowie das Ruster Stadtrecht 2003 sind im Zuge der Einführung der Informationsfreiheit an die Änderung des B-VG mit BGBl. I Nr. 5/2024 sowie das Informationsfreiheitsgesetz anzupassen.

Im Gefolge des Urteils des EuGH vom 16. Jänner 2024 im Vorabentscheidungsverfahren C-33/22, Österreichische Datenschutzbehörde, zur Anwendbarkeit der DSGVO sowie der übrigen Bestimmungen des DSG auf Datenverarbeitungen im Bereich der (nationalen) Gesetzgebung hat der Bund durch Einfügung des Art. 30a B-VG und des § 35a Datenschutzgesetz - DSG bereits Vorsorge getroffen. Auf landes(verfassungs)rechtlicher Ebene ist dieser Schritt noch nachzuholen. Im neu geschaffenen Art. 21 Abs. 3 L-VG wird die Zuständigkeit des Parlamentarischen Datenschutzkomitees für die Aufsicht über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landtag einschließlich dessen Mitglieder in Ausübung ihres Mandates und den Landes-Rechnungshof vorgesehen.

Die Bestimmung zur Unterfertigung von Urkunden besonderer Wichtigkeit (Art. 65 Abs. 2 B-VG) hat sich als zu aufwendig erwiesen und ist in der Anwendung für die Praxis aus Sicht der Landesregierung nicht mehr erforderlich.

Dem Rechnungshof soll künftig auch die Aufgabe der Überprüfung öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Fonds, Stiftungen und Anstalten mit Mitteln des Landes zukommen (Art. 74 Abs. 2 lit. c L-VG) und es erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass die für die Überprüfung der Gemeinden geltenden Bestimmungen bei der Überprüfung der Gebarung der Gemeindeverbände sinngemäß anzuwenden sind (Abs. 2a).

Finanzielle Auswirkungen:

Der vorliegende Gesetzesentwurf hat keine finanziellen Auswirkungen.

Hinsichtlich der Begründung der Zuständigkeit des Parlamentarischen Datenschutzkomitees dürfte es für den Bund in finanzieller Hinsicht keinen Unterschied machen, ob in diesen Angelegenheiten eine Zuständigkeit der Datenschutzbehörde oder des Parlamentarischen Datenschutzkomitees besteht.

Durch den Entfall von Art. 65 Abs. 2 L-VG kann mit geringfügigen Einsparungen in der Verwaltung wegen eines geringeren Verwaltungsaufwandes und des Wegfalles zweier zusätzlicher Unterschriften von Regierungsmitgliedern gerechnet werden.

Auswirkung in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Die in diesem Landes-Verfassungsgesetz enthaltenen Regelungen weisen keinerlei umweltpolitische Relevanz auf.

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Die vorgeschlagenen Regelungen haben keine unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Der Entwurf steht im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Jene Regelungen, die nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, erfolgen in Konformität mit den auf Unionsebene vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Die Anpassung der Rechtslage erfolgt im Einklang mit dem Urteil des EuGH vom 16. Jänner 2024, C-33/22, Datenschutzbehörde, zur DSGVO in Verbindung mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Wegen ihres Verfassungsranges ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung der Landes-Verfassung (Art. 14, Art. 62, 65 Abs. 2, Art. 69, 74 Abs. 2, Art. 74a Abs. 2a, Art. 75 Abs. 4 und Art. 77 L-VG) und der Gemeindeordnung 2003 sowie des Eisenstädter und Ruster Stadtrechts 2003 und wegen der Beschlusserfordernisse gemäß Art. 21 Abs. 1 L-VG auch die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages (samt Anlage) nur unter Einhaltung der qualifizierten Beschlusserfordernissen gemäß Art. 31 Abs. 2 L-VG möglich.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Die Regeln betreffend Zugehörigkeit zu Landtagsklubs werden nach Vorbild der Niederösterreichischen Landes-Verfassung adaptiert, sodass künftig auch Mitglieder der Landesregierung einem Landtagsklub angehören. Finanzielle oder die Ausstattung betreffende Besserstellungen (Mehrleistungen) sollten damit nicht verbunden sein.

Mit 1. September 2025 treten die wesentlichen Teile des Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Informationsfreiheitsgesetz - IFG erlassen wird, BGBl. I Nr. 5/2024, in Kraft. Der damit neu geschaffene Art. 22a B-VG verpflichtet einerseits die Organe der Verwaltung, die Organe der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die Verwaltungsgerichte, den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof dazu, Informationen von allgemeinem Interesse proaktiv zu veröffentlichen und räumt andererseits jedermann ein Grundrecht auf Zugang zu Informationen gegenüber den Organen der Verwaltung und gegenüber bestimmten privaten Informations-pflichtigen (zB der Rechnungshofkontrolle unterliegende Stiftungen, Fonds, Anstalten und Unternehmungen) ein. Die Pflicht zur Veröffentlichung bzw. zur Gewährung von Informationszugang ist durch bestimmte, bereits in der Verfassung genannte, Geheimhaltungsgründe beschränkt. Erforderlich ist die Informationsverweigerung dann, wenn nur dadurch einer der sieben taxativ angeführten Geheimhaltungsgründe gewahrt werden kann. Dabei ist zu beachten, dass der neu geschaffene Art. 22a Abs. 2 B-VG und das IFG keine Geheimhaltungspflichten normieren, sondern lediglich Schranken für die Informationserteilung festlegen. Die nähere Ausgestaltung der genannten Pflichten und Rechte sowie der Geheimhaltungsgründe erfolgt durch das IFG. Gleichzeitig werden die bisher bestehende Amtsverschwiegenheit und das damit korrespondierende Auskunftsrecht (Art. 20 Abs. 3 und 4 B-VG) aufgehoben.

Diese bundes(verfassungs)gesetzlichen Bestimmungen gelten auch für den Bereich der Landesverwaltung, der Gemeindeverwaltung, für die Parlamentsverwaltung des Landtages und seiner Hilfsorgane sowie für das Landesverwaltungsgericht unmittelbar. Die Pflicht zur Veröffentlichung bzw. der Anspruch auf Informationszugang ergeben sich daher unmittelbar aus Art. 22a B-VG und den entsprechenden Bestimmungen des IFG.

Nach Überprüfung der Landesrechtsordnung dahingehend, ob sich dort Bestimmungen finden, die mit der Informationsfreiheit nicht vereinbar sind (zB Verweise auf die Amtsverschwiegenheit, Verschwiegenheitspflichten, Verwendung des Begriffes Auskunft etc.), wurden folgende Änderungen der Landes-Verfassung für zweckmäßig erachtet:

- Anpassung von Artikel 62 (Adaptierung der bisherigen Regelung zur Amtsverschwiegenheit)
- Anpassung von Art. 69 (besonderes Informations- und Beschwerderecht von Bürgerinnen und Bürgern)
- Anpassung von Art. 75 Abs. 4 (begriffliche Anpassung an Art. 22a Abs. 2 B-VG)

Ebenso ist es erforderlich, die bestehenden Bestimmungen zur Amtsverschwiegenheit in der Gemeindeordnung 2003, im Eisenstädter Stadtrecht 2003 sowie im Ruster Stadtrecht 2003 an die neuen Vorgaben des Art. 22a Abs. 2 B-VG anzupassen und - wegen der Änderungen in Art. 62 L-VG - eine ausdrückliche Regelung von Geheimhaltungspflichten neu aufgenommen. Als Verwaltungsorgane im funktionellen Sinn gilt auch die gesamte Gemeindeverwaltung, einschließlich der Gemeindeorgane. Dies bedeutet, dass insbesondere der Bürgermeister, die Gemeindevorstände und Gemeinderäte im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben verpflichtet sind, Informationen bereitzustellen, sofern keine schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen entgegenstehen.

Von der Geheimhaltungspflicht kann der Gemeinderat, wie auch bisher von der Amtsverschwiegenheit, unter den gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen entbunden werden. Darüber hinaus wird in den Gemeinderechten die Bestimmung zur Bürgerinitiative angepasst und die Frist für die Informationserteilung an das IFG angeglichen.

Im Gefolge des Urteils des EuGH vom 16. Jänner 2024 im Vorabentscheidungsverfahren C-33/22, Österreichische Datenschutzbehörde, zur Anwendbarkeit der DSGVO sowie der übrigen Bestimmungen des DSGVO auf Datenverarbeitungen im Bereich der (nationalen) Gesetzgebung hat der Bund durch Einfügung des Art. 30a B-VG und des § 35a DSGVO bereits Vorsorge getroffen, auf landes(verfassungs)rechtlicher Ebene ist dieser Schritt noch nachzuholen. Ebenso sind in diesem Zusammenhang die zusätzlichen Bestimmungen auf einfachgesetzlicher Ebene, die bundesrechtlich im Informationsordnungsgesetz getroffen worden sind, in der Geschäftsordnung des Landtages (§§ 28a bis 28d) nachzuholen.

Die Bestimmung zur Unterfertigung von Urkunden besonderer Wichtigkeit (Art. 65 Abs. 2 B-VG) hat sich als zu aufwendig erwiesen und ist in der Anwendung für die Praxis aus Sicht der Landesregierung nicht mehr erforderlich.

Dem Rechnungshof soll künftig auch die Aufgabe der Überprüfung öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Fonds, Stiftungen und Anstalten mit Mitteln des Landes zukommen (Art. 74 Abs. 2 lit. c neu) und es erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass die für die Überprüfung der Gemeinden geltenden Bestimmungen bei der Überprüfung der Gebarung der Gemeindeverbände sinngemäß anzuwenden sind (Z 17 neu).

In der Geschäftsordnung des Landtages werden neben einer flankierenden Regelung zu Art. 14 L-VG in § 10 Abs. 7 betreffend Zugehörigkeit der Regierungsmitglieder zu den Landtagsklubs ebenfalls terminologische Anpassungen an die Informationsfreiheit (§ 78 Abs. 4, Anlage 1) sowie im Zusammenhang mit der künftig vorgesehenen Zuständigkeit des parlamentarischen Datenschutzkomitees vorgenommen (§ 28a) und die erforderlichen zusätzlichen datenschutzrechtlichen Regelungen (§§ 28b bis 28d) getroffen.

Darüber hinaus werden sich in der parlamentarischen Praxis als hinderlich und ineffizient erweisende Regelungen adaptiert (15 Uhr Regelung in § 24 Abs. 4 und 5, in § 29 Abs. 6 für Dringlichkeitsanträge, schriftliche Anfragen sowie dringliche Anfragen) und Redaktionsversehen korrigiert (§ 5 Abs. 6, § 17 Abs. 4 Z 2, Entfall § 31a Abs. 5 letzter Satz).

Die Zurückziehung eines selbständigen Antrages soll bis zur Debatte im Plenum möglich sein, nicht nur bis zur Ausschusssitzung (ausgenommen Abänderungsanträge, für die die bisherige Rechtslage bestehen bleibt, § 22 Abs. 9). Über Fristsetzungsanträge (§ 58) und Misstrauensanträge (§ 71) soll künftig auf Antrag eine Debatte möglich sein, die sich an den Regelungen dazu im Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2024, orientiert.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes)

Zu Z 1 (Inhaltsverzeichnis):

Anpassungen in Folge der terminologischen Änderungen in Verbindung mit der Informationsfreiheit werden auch im Inhaltsverzeichnis übernommen.

Zu Z 2 (Art. 14):

Es erfolgt die Neufassung der Bestimmung über die Landtagsklubs nach Vorbild anderer Bundesländer, um klarzustellen, dass auch die Mitglieder der Landesregierung dem jeweiligen Landtagsklub der Partei angehören, auf dessen Wahlvorschlag sie (in den Landtag) gewählt worden sind bzw. kandidiert haben und die einen entsprechenden Wahlvorschlag für die Wahl der Landesregierung unterstützt haben.

Sofern die Person bei der Landtagswahl keiner wahlwerbenden Partei angehört hat, ist bei gemeinsamen Wahlvorschlägen zudem klarzustellen, welchem Landtagsklub das Regierungsmitglied zuzuordnen ist. Dieser Fall tritt vor allem dann ein, wenn es zu einer nachträglichen Änderung der Zusammensetzung der Landesregierung kommt.

Konsequenterweise sollen umgehend auch Anpassungen in der Geschäftsordnung des Landtages (§ 10) sowie im Burgenländischen Landtagsklubfinanzierungsgesetzes - Bgld. LKFinG (§ 2) dahingehend vorgenommen werden, dass für solcherart dem jeweiligen Klub zugerechnete Abgeordnete kein höherer Anspruch auf Klubförderung besteht.

Zu Z 3 und 4 (Art. 21 Abs. 1 und 3):

Der Nationalrat und der Bundesrat sind bis vor kurzem davon ausgegangen, dass Datenverarbeitungen im Bereich der Gesetzgebung vom Grundrecht auf Datenschutz (§ 1 DSGVO) erfasst sind, dass aber weder die DSGVO noch die übrigen Bestimmungen des DSGVO auf Datenverarbeitungen im Bereich der (nationalen) Gesetzgebung Anwendung finden (vgl. z. B. 188/A XXVI. GP, AB 98 BlgNR XXVI. GP, AB 463 BlgNR XXVI. GP; AB 9957 BlgBR).

Diese Ausgangslage hat sich durch das Urteil des EuGH vom 16. Jänner 2024 im Vorabentscheidungsverfahren C-33/22, Österreichische Datenschutzbehörde, geändert. Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 16.1.2024, C-33/22, mit dem über ein österreichisches Vorabentscheidungsersuchen, betreffend die Anwendbarkeit der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 im Bereich der Staatsfunktion Gesetzgebung entschieden wurde, wurde festgestellt, dass die Datenschutz-Grundverordnung auch für die Staatsfunktion der Gesetzgebung gilt. Dies führte zu dem Ergebnis, dass die Datenschutzbehörde, als nach der Datenschutz-Grundverordnung eingerichtete nationale Aufsichtsbehörde, auch für Beschwerden bezüglich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die

Organe der Gesetzgebung zuständig war. Dies wurde insbesondere von parlamentarischer Seite als unbefriedigend empfunden. Mit BGBl. I Nr. 70/2024 erfolgte daher eine Änderung des Datenschutzgesetzes (DSG), mit welcher ein Parlamentarisches Datenschutzkomitee als zuständige Aufsichtsbehörde im Hinblick auf die Organe der Gesetzgebung des Bundes (Nationalrat und Bundesrat inkl. deren Mitglieder und Funktionäre, Rechnungshof und Volksanwaltschaft) eingerichtet wurde (§ 35a DSG). Im Gegensatz zum ersten Entwurf (IA 3847/A und 3848/A BlgNR 27. GP) wurde keine Einbeziehung der Landtage beschlossen (vgl. noch den Entwurf zu Art. 96 Abs. 4 B-VG), sondern lediglich die landesverfassungsrechtlich zur regelnden Möglichkeit geschaffen, das Parlamentarische Datenschutzkomitee gemäß § 35a DSG auf für den Bereich der Landes-Gesetzgebung für zuständig zu erklären.

Dabei wurde auch vorgesehen, dass durch Landesverfassungsgesetz die Zuständigkeit des Parlamentarischen Datenschutzkomitees für die Aufsicht über die Verarbeitungen der Landtage einschließlich deren Mitglieder in Ausübung ihres Mandates, der Landesrechnungshöfe und der Landesvolksanwälte vorgeesehen werden kann, inklusive der Verwaltungsangelegenheiten dieser Organe. Von dieser Möglichkeit soll im Rahmen des neu eingefügten Art. 21 Abs. 3 L-VG für den Landtag und alle seine Organe, insbesondere auch für den Landes-Rechnungshof, Gebrauch gemacht werden.

Der vorliegende Entwurf stellt die notwendigen Anpassungen im Landesrecht nach der im Bundesrecht mit der Verfassungs-Novelle BGBl. I Nr. 68/2024 sowie der Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975), des Datenschutzgesetzes und des Informationsordnungsgesetzes dar (BGBl. I Nr. 70/2024).

Zu Z 5 (Art. 62):

Der Art. 62 wird im Hinblick auf die von den Mitgliedern der Landesregierung zu wahrenen Geheimhaltungsgründe an die Terminologie des neuen Art. 22a Abs. 2 B-VG angepasst. Die Geheimhaltungsgründe in Art. 62 L-VG sind im Sinne des Art. 22a Abs. 2 B-VG auszulegen. Da sie durch den gleichzeitig erlassenen § 6 IFG näher ausgeführt werden, ist auch dieser im Rahmen der Auslegung heranzuziehen. Vor dem Hintergrund, dass der neu geschaffene Art. 22a Abs. 2 B-VG keine Geheimhaltungspflichten, sondern lediglich Schranken für die Informationserteilung normiert, wird eine Beibehaltung der Verschwiegenheitspflicht als sinnvoll erachtet. Im Gegensatz zur bisherigen Amtsverschwiegenheit wäre nämlich das Wissen der Organwalter bzw. Informationen, die von diesen ohne einen entsprechenden Antrag auf Informationszugang preisgegeben werden, nicht mehr geschützt.

Eine Anpassung des sehr allgemein auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Bezug nehmenden Art. 43 ist hingegen nicht indiziert, weil sich kein Widerspruch zu den Regelungen des B-VG und Informationsfreiheitsgesetzes ergibt.

Zu Z 6 (Art. 65 Abs. 2):

Die bislang enthaltene Regelung, dass der Landeshauptmann die im Namen des Landes auszustellenden Urkunden von besonderer Wichtigkeit unterfertigt und diese mit dem Landessiegel zu versehen sowie von zwei weiteren Mitgliedern der Landesregierung zu unterfertigen sind, soll entfallen. Aus den Erläuterungen zur seit der Stammfassung LGBl. Nr. 42/1981 (IA 142 BlgLT XIII. Wp. 28) im Bgld. L-VG enthaltenen Bestimmung ergibt sich lediglich, „daß nicht alle Urkunden vom Landeshauptmann zu unterfertigen sind, was angesichts des großen Anfalles praktisch auch gar nicht möglich ist“.

Im Zuge der Umstellung auf den elektronischen Regierungssitzungsakt wurde nach Abgleich mit anderen Landes-Verfassungen festgestellt, dass die sehr aufwändige Regelung einer Überarbeitung bedarf. Diese Frage kann mit anderen Mitteln - wie Regelungen über die interne Organisation sowie Unterschriftsermächtigungen - ebenfalls und weitaus effizienter gelöst werden kann. Ein verfassungsrechtliches Erfordernis der Beibehaltung dieser Regelung besteht nicht.

Zu Z 7 und 10 (Art. 69 und 75 Abs. 4):

Es erfolgt eine im Hinblick auf die Abschaffung der Amtsverschwiegenheit erforderliche terminologische Anpassung. Es wird jeweils das Wort bzw. der Wortteil „Auskunft“ durch das Wort „Information“ ersetzt, ohne damit inhaltlich irgendeine Änderung der Bestimmung zu beabsichtigen.

Zu Z 8 und 9 (Art. 74 Abs. 2 und 2a):

In Zukunft soll der Landes-Rechnungshof auch zur Prüfung der Gebarung öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Fonds, Stiftungen und Anstalten, die Mittel des Landes erhalten, zuständig sein. Zudem soll eine Klarstellung hinsichtlich der Prüfkompetenz für Gemeindeverbände in einem eigenen neuen Abs. 2a erfolgen.

Zu Z 12 (Art. 90 Abs. 7):

Die Inkrafttretensbestimmung sieht wegen der Anpassungen an das Informationsfreiheitsgesetz sowie die Änderung in Art. 20 und 22a B-VG generell ein Inkrafttreten am 1. September 2025 vor.

Zu Artikel 2 (Änderung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages)

Zu Z 1 (Inhaltsverzeichnis):

Im Inhaltsverzeichnis wird der Eintrag zu §§ 28a angepasst und werden Einträge zu §§ 28b bis 28d eingefügt.

Zu Z 2 und 4 (§ 5 Abs. 6 und § 17 Abs. 4):

Es werden minimale legistische Korrekturen bei Verweisen vorgenommen.

Zu Z 3 (§ 10 Abs. 7):

Die Bestimmungen zu Landtagsklubs werden an die Neuregelung der Klubzugehörigkeit nach der Landes-Verfassung (Art. 14) angepasst und klargestellt, dass die Zugehörigkeit der Landesregierungsmitglieder keinen Einfluss auf die Existenz eines Klubs sowie dessen Ausstattung mit Personal und Sacheinrichtungen oder die Höhe der Unterstützung nach dem Burgenländischen Landtagsklubsfinanzierungsgesetz haben soll. Eine im Wesentlichen gleichlautende Formulierung wird auch im Burgenländischen Landtagsklubsfinanzierungsgesetz aufgenommen, um den Hinweis an passender Stelle zu verdeutlichen.

Zu Z 5 (§ 22 Abs. 9):

Eine Zurückziehung eines selbständigen Antrages soll bis eine Stunde vor der der Debatte im Plenum möglich sein, nicht nur bis zur Ausschusssitzung. Ausgenommen von der Neuregelung sind jedoch Abänderungsanträge, deren Zurückziehung weiterhin bis zum Beginn der Abstimmung im Ausschuss möglich sein soll. Damit soll verhindert werden, dass Anträge zu behandeln sind, die sich aus sonstigen - nicht im Antrag liegenden - Gründen bereits erledigt haben.

Zu Z 6 und 11 (§ 24 Abs. 4 und 5, § 29 Abs. 6 und § 30 Abs. 1):

Bei Dringlichkeitsanträgen (§ 24 Abs. 4), schriftlichen Anfragen (§ 29 Abs. 6) und dringlichen Anfragen (§ 30 Abs. 1) hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die zeitlich gesetzlich mit spätestens 15 Uhr gesetzte Frist für die Behandlung des Antrages bzw. der Anfrage nur dann eingehalten werden kann, wenn die Landtagssitzung um 10 Uhr beginnt. Um auch bei abweichenden Terminen besser reagieren zu können, wird anstelle der Uhrzeit nun eine Frist von fünf Stunden vorgesehen, die der Regelung für den bisherigen Standardfall mit Beginn der Landtagssitzung um 10 Uhr unverändert abbildet. Für abweichende Termine wird hingegen durch die Neuformulierung eine vergleichbare Regelung und Vorbereitungszeit gewährleistet.

Zu Z 8 bis 9 (§ 28a):

In Abs. 1 wird der statische Verweis auf das Datenschutzgesetz aktualisiert und ein Tippfehler in Abs. 1 beseitigt (doppeltes „des“).

Der Nationalrat und der Bundesrat sind bis vor kurzem davon ausgegangen, dass Datenverarbeitungen im Bereich der Gesetzgebung vom Grundrecht auf Datenschutz (§ 1 DSGVO) erfasst sind, dass aber weder die DSGVO noch die übrigen Bestimmungen des DSGVO auf Datenverarbeitungen im Bereich der (nationalen) Gesetzgebung Anwendung finden (vgl. z. B. IA 188 XXVI. GP, AB 98 BlgNR XXVI. GP, AB 463 BlgNR XXVI. GP; AB 9957 BlgBR XXVI. GP).

Diese Ausgangslage hat sich durch das Urteil des EuGH vom 16.1.2024 im Vorabentscheidungsverfahren C-33/22, Österreichische Datenschutzbehörde, geändert. Mit dem Urteil wurde festgestellt, dass die Datenschutz-Grundverordnung auch für die Staatsfunktion der Gesetzgebung gilt. Dies führte zu dem Ergebnis, dass die Datenschutzbehörde, als nach der Datenschutz-Grundverordnung eingerichtete nationale Aufsichtsbehörde, auch für Beschwerden bezüglich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Organe der Gesetzgebung zuständig war. Dies wurde insbesondere von parlamentarischer Seite als unbefriedigend empfunden.

Der vorliegende Entwurf soll notwendige Anpassungen im Landesrecht nach der im Bundesrecht mit der Verfassungs-Novelle BGBl. I Nr. 68/2024 sowie der Geschäftsordnung des Nationalrates (GOG NR), des Datenschutzgesetzes und des Informationsordnungsgesetzes dar (BGBl. I Nr. 70/2024).

Im Gegensatz zum ersten Entwurf (IA 3847/ und 3848 BlgNR 27. GP) wurde keine Einbeziehung der Landtage beschlossen (vgl. noch den Entwurf zu Art. 96 Abs. 4 B-VG), sondern lediglich die landesverfassungsrechtlich zur regelnden Möglichkeit geschaffen, das parlamentarische Datenschutzkomitee auf

für den Bereich der Landes-Gesetzgebung für zuständig zu erklären. Diese Ermächtigung wird durch vorliegende Novelle sowie die entsprechende Novelle des L-VG (Art. 21) genutzt.

§ 28a Abs. 3 bis 6 und 8 orientieren sich dabei an § 3a Informationsordnungsgesetz, der die entsprechenden Regelungen für National- und Bundesrat trifft. Abs. 7 trifft eine mit § 14 Abs. 10 GOG NR vergleichbare Regelung betreffend die Entscheidungsbefugnis des Präsidenten über datenschutzrechtliche Anträge.

Zu Abs. 3: Im Hinblick auf Art. 6 Abs. 1 lit. e in Verbindung mit Abs. 3 DSGVO soll durch die vorgeschlagene Ergänzung der bestehenden Regelung in der Geschäftsordnung der Landesregierung klargestellt werden, dass Datenverarbeitungen im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Landes zur Erfüllung von deren Aufgaben zulässig sind. Dies bedeutet nicht, dass es dafür bisher keine Rechtsgrundlage gegeben hätte: Es handelt sich um Datenverarbeitungen, die im Sinne des Art. 6 Abs. 3 DSGVO für die Erfüllung der (verfassungs-)gesetzlichen Aufgaben des Landtages und dessen Mitglieder erforderlich und daher zulässig sind. Zu diesen verfassungsmäßigen Aufgaben zählen neben der Gesetzgebung des Landes auch die Mitwirkung des Landtages an der Vollziehung des Landes - darunter insbesondere auch die parlamentarische Kontrolle (Interpellationsrecht, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen etc.) - sowie die Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Integration.

Abs. 4 schafft die für die Erfüllung der Aufgaben der Organe der Gesetzgebung des Landes erforderliche, explizite Grundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO) und von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art. 10 DSGVO) zu schaffen.

Die Verarbeitung solcher Kategorien von personenbezogenen Daten kann insbesondere in Zusammenhang mit der Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen notwendig sein: Je nach Untersuchungsgegenstand können die vorgelegten Akten und Unterlagen unterschiedlichste Kategorien von personenbezogenen Daten enthalten, die im Landtag zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle verarbeitet werden müssen. Dasselbe kann auf andere Arten von zugeleiteten Informationen, Berichten etc. zutreffen; eine Einschränkung auf bestimmte Datenkategorien ist daher vorab nicht möglich.

Strafrechtsbezogene Daten im Sinne des Abs. 5 sind beispielsweise - neben der Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen - auch bei Auslieferungsersuchen in Immunitätsangelegenheiten betroffen. Die Verarbeitung von Daten gemäß Art. 9 und 10 DSGVO (in Verbindung mit § 4 Abs. 3 DSOG) soll freilich nur zulässig sein, soweit und solange dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich und verhältnismäßig ist.

Geeignete Maßnahmen bzw. Garantien für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten ergeben sich bereits jetzt aus der Geschäftsordnung des Landtages, etwa der Beschluss zur vertraulichen Sitzung nach § 43 sowie generell die bloß durch Einsichtsrechte zu gewährende Akteneinsicht gemäß § 28.

Zu Abs. 6: Die Berechtigung zur Datenverarbeitung besteht je nach konkretem Aufgabenbereich für alle parlamentarischen Akteure, also Landtag, dessen Präsidenten bzw. Präsidentinnen, Mitglieder, Ausschüsse und Unterausschüsse, sowie die Funktionäre bzw. Funktionärinnen von Untersuchungsausschüssen im Sinne des Art. 46 Abs. 1 und 1a L-VG, § 53 GeOLT sowie der **Anlage 1** (Vorsitzender bzw. Vorsitzende, Verfahrensrichter bzw. Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt bzw. Verfahrensanwältin sowie deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen; vgl. VfGH 2.12.2024, E 1380/2024 mwN). Sie schließt auch die Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen der parlamentarischen Klubs, die parlamentarischen Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen sowie die Bediensteten und Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen der Landtagsdirektion ein, die für die jeweiligen parlamentarischen Akteure tätig werden. Die Datenverarbeitung durch Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen ist den jeweiligen Organen bzw. Mitgliedern zuzurechnen, für die sie tätig werden.

Die Verarbeitungstätigkeiten all dieser Organe, Mitglieder und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Erfüllung ihrer Aufgaben sind dem Landtag zuzurechnen. **Datenschutzrechtlicher Verantwortlicher** soll nach außen der Landtag als Organ sein, da sämtliche Verarbeitungstätigkeiten letztlich zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben erfolgen. Betroffene Personen haben sich daher an den Landtag zu wenden. Wer im Innenverhältnis befugt ist, für den Landtag zu handeln, ergibt sich aus den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages (zB §§ 12, 29, 56 Abs. 3a).

Die missbräuchliche Verwendung personenbezogener Daten durch Abgeordnete zu eigenen Zwecken und außerhalb der ihnen eingeräumten Befugnisse und zugewiesenen Aufgaben (zB die eigenmächtige Veröffentlichung personenbezogener Daten durch einen einzelnen Abgeordneten oder eine einzelne Abgeordnete) fällt nicht unter diese Bestimmung und ist daher auch nicht dem Landtag zuzurechnen. Eine solche eigenmächtige Verarbeitung durch einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete, die nicht der Wahrnehmung von Aufgaben des Landtages dient, liegt auch dann vor, wenn sich der oder die Abgeordnete weigert, einer rechtskräftigen Entscheidung der Aufsichtsbehörde zu entsprechen.

Diese werden nach Vorbild der Bestimmungen der §§ 3a bis 3c InfoOG für das Landesrecht adaptiert und übernommen, soweit erforderlich.

Zu Abs. 7: Diese Bestimmung wiederholt im Wesentlichen § 12 Abs. 8 und stellt klar, dass die Prüfung und Bearbeitung datenschutzrechtlicher Anträge von betroffenen Personen sowie die Entscheidung darüber der Präsident bzw. die Präsidentin des Landtages, als nach außen vertretungsbefugtes Organ des Landtages, vornehmen soll. Er bzw. sie soll den Landtag auch in behördlichen oder gerichtlichen Verfahren in Datenschutzangelegenheiten vertreten. Hinsichtlich der internen Vorgangsweise (zB betreffend die Beteiligung bzw. Einbeziehung der betreffenden Abgeordneten) können in der Geschäftsordnung des Landtages näher Regelungen getroffen werden.

Zu Z 10 (§§ 28b bis 28d):

Zu § 28b:

Nach Vorbild der mit BGBl. I Nr. 70/2024 eingefügten Regelung in § 3b InfoOG werden auch in der Geschäftsordnung des Landtages ausdrücklich Bestimmungen über die Rechte betroffener Personen und die Wahrnehmung von Betroffenenrechten bei zugeleiteten Verhandlungsgegenständen aufgenommen (insbesondere Regierungsvorlagen, Berichte des Rechnungshofes und Landesrechnungshofes, Petitionen etc., nicht jedoch Initiativanträge; vgl. dazu die ausführlichen Erläuterungen zur Thematik: AB 2594 BlgNR XXVII. GP 3-6: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/2594/fname_1634263.pdf).

Art. 23 Abs. 1 lit. a bis e DSGVO erlaubt eine gesetzliche Beschränkung der Pflichten und Rechte gemäß den Art. 12 bis 22 und Art. 34 sowie Art. 5 DSGVO, insofern dessen Bestimmungen den in den Art. 12 bis 22 der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Rechten und Pflichten entsprechen, sofern eine solche Beschränkung den Wesensgehalt der Grundrechte und Grundfreiheiten achtet und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme darstellt, die den Schutz wichtiger Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses eines Mitgliedstaates sicherstellt. Gemäß Art. 23 Abs. 1 lit. h der DSGVO können solche Beschränkungen auch zur Sicherstellung von Kontroll-, Überwachungs- und Ordnungsfunktionen, die dauernd oder zweitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt für die genannten Zwecke verbunden sind, vorgenommen werden. § 1 Abs. 4 DSG regelt, dass gesetzliche Beschränkungen des Rechts auf Auskunft, Löschung und Berichtigung zulässig sind, sofern sie in einer demokratischen Gesellschaft für die nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, das wirtschaftliche Wohl des Landes, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind (Verweis auf § 1 Abs. 2 DSG bzw. Art. 8 Abs. 2 EMRK) und jeweils nur in der gelindesten, zum Ziel führenden Art vorgenommen werden.

Klargestellt wird, dass es sich dabei nur um eine Einschränkung von Rechten Betroffener handelt und sich daraus keine über § 28a hinausgehende Ermächtigung zur Verarbeitung personenbezogener Daten ergibt. Jede Datenverarbeitung muss sich auf einen der Rechtfertigungsgründe des Art. 6 DSGVO stützen. Dabei kommen insbesondere die Erforderlichkeit zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten oder zur Wahrnehmung einer rechtlich geregelten und im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe (zB Wahrnehmung von Kontrollrechten, Gesetzgebungstätigkeit) und allenfalls die Zustimmung der Betroffenen in Frage.

Zu Abs. 1:

Abs. 1 legt den Umfang der Beschränkungen fest. Diese beziehen sich auf die Vorbereitung und Behandlung der Beratungsgegenstände sowie auf die Vorbereitung und Behandlung der übrigen in der Geschäftsordnung vorgesehenen parlamentarischen Dokumente. Festzuhalten ist, dass dem Landtag bzw. der die Landtagsarbeit vorbereitenden Tätigkeit auch die einschlägige parlamentarische Tätigkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landtagsdirektion sowie von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landtagsklubs und Landtagsfraktionen (zB die Ausarbeitung parlamentarischer Anfragen oder selbständiger Anträge) zuzurechnen ist. Davon zu trennen sind die Aufgaben der Parlamentsverwaltung der Landtagsdirektion sowie der organisatorischen Selbstverwaltung der Landtagsklubs und Landtagsfraktionen.

Zu Abs. 2:

Abgeordnete bekommen - gerade im Hinblick auf ihre parlamentarische Kontrolltätigkeit, aber auch als Anregung für Initiativen im Bereich der Gesetzgebung im engeren Sinne - häufig Hinweise und Anregungen von Dritten, die auch personenbezogene Daten enthalten können. Die Identität dieser Hinweisgeber oder Hinweisgeberinnen muss geschützt werden, um die parlamentarische Kontrolltätigkeit nicht zu gefährden. Teilweise erfolgt die Informationsweitergabe auch anonym, sodass die Quelle der Daten nicht bekannt ist. Darüber hinaus werden häufig Medienberichte zum Anlass für Anfragen oder Anträge genommen, die ebenfalls personenbezogene Daten enthalten können und für Vorbereitungszwecke erfasst, gesammelt und ausgewertet werden müssen. Zum Zeitpunkt der Erlangung der Informationen bzw.

personenbezogenen Daten ist in der Regel noch unklar, ob und wenn ja, in welcher Weise diese (weiter)verarbeitet werden und ob bzw. gegebenenfalls an wen sie weitergegeben werden. Regelmäßig erweisen sich Hinweise nach weiteren Recherchen als unzutreffend oder von geringerer Tragweite als von den übermittelnden Personen angenommen. Die Entscheidung, auf Grund welcher Information welche parlamentarischen Handlungen gesetzt werden, ist unmittelbarer Ausfluss der politischen Bewertung und Meinungsbildung der Abgeordneten und damit besonders geschützt.

Ein vorzeitiges Bekanntwerden, dass zu bestimmten Sachverhalten Informationen erhoben werden, welche dies sind und woher sie stammen, würde den Zweck der parlamentarischen Kontrolle gefährden. Es ist daher notwendig, die Informationspflichten gemäß Art. 13 und 14 DSGVO entsprechend einzuschränken. Die gebotenen Informationen sind in Form einer generellen Erklärung in elektronischer Form auf der Homepage des Landtages im Internet zur Verfügung zu stellen. Eine Erteilung individueller, auf die konkreten Umstände bezogener Informationen wäre faktisch häufig nicht möglich. Sie würde die freie politische Meinungsbildung und deren Äußerung behindern und somit einen negativen Einfluss auf diese ausüben. Ein gelinderes Mittel als die Beschränkung auf allgemeine Informationspflichten ist nicht erkennbar, wenn sowohl das Vertrauen von Bürgern und Bürgerinnen, die sich an ihre Vertreter und Vertreterinnen im Landtag wenden, als auch der offene parlamentarische Diskurs und die Wahl der parlamentarischen Mittel gewahrt werden sollen.

Zu Abs. 3:

Das Recht auf Auskunft kann aus den bereits zu Abs. 1 genannten Gründen sowie darüber hinaus auch aus folgenden Gründen nicht unbeschränkt zur Anwendung gelangen:

Parlamentarische Dokumente werden zu großen Teilen veröffentlicht und sind damit für jedermann zugänglich. Durch die Bereitstellung in elektronischer Form können die Dokumente auch durchsucht werden. Soweit parlamentarische Dokumente und Unterlagen jedoch nicht öffentlich sind, fallen sie entweder unter den Schutz interner parlamentarischer Beratungen bzw. deren Vorbereitung (zB nichtöffentliche und vertrauliche Sitzungen von Ausschüssen) oder ihre Zurückhaltung ist zum Schutz von Rechten Dritter erforderlich. Müssten Hinweisgeber und Hinweisgeberinnen damit rechnen, dass ihre Identität im Zuge von Auskunftsanträgen aufgedeckt würde, hätte dies einen absehbar negativen Effekt auf die Bereitschaft, Informationen über mutmaßliche Missstände an Abgeordnete heranzutragen. Die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle würde damit geschwächt und das Erkennen gesetzgeberischen Handlungsbedarfs behindert. Das gelindeste Mittel besteht daher darin, individuelle Einsichtnahmen im öffentlichen Bereich durch technische Mittel (Suchfunktion) zu ermöglichen, im vorbereitenden und geschützten Bereich jedoch das Auskunftsrecht auszuschließen. Der Begriff „in Ausübung ihres Mandates“ ist so zu verstehen, dass er neben der unmittelbaren parlamentarischen Tätigkeit auch die entsprechenden Vorbereitungstätigkeiten umfasst.

Zu Abs. 4:

Parlamentarische Materialien des Landtages unterliegen der sachlichen Immunität nach Art. 20 Abs. 3 L-VG, § 37 GeOLT. Eine nachträgliche Änderung wäre vor diesem Hintergrund kritisch zu sehen. Zudem besteht, wie bereits ein-gangs erwähnt, ein erhebliches Interesse an der wahrheitsgetreuen Dokumentation der parlamentarischen Vorgänge. Zu beachten ist auch, dass es in der parlamentarischen Tätigkeit häufig um Werturteile bzw. politische Bewertungen geht. Zwar kann eine Unrichtigkeit nur im Hinblick auf Tatsachenangaben und nicht im Hinblick auf Werturteile vorliegen, der Übergang zwischen diesen Kategorien kann aber fließend sein. Daher ist es erforderlich, das Recht auf Berichtigung auf Formalia, also Schreibfehler und andere offensichtliche Unrichtigkeiten zu beschränken. Zu darüberhinausgehenden unrichtigen oder unvollständigen personenbezogenen Daten kann die betroffene Person in einer Erklärung die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit dieser Daten rügen. Die Erklärung ist den gerügten Daten beizufügen und, im Falle der Veröffentlichung der gerügten Daten, mit diesen gemeinsam zu veröffentlichen. Somit wird der Einwand der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Betroffenen transparent gemacht und ist auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar. Die Möglichkeit zur Abgabe einer Erklärung stellt ein gelinderes Mittel zum vollständigen Ausschluss des Rechtes auf Berichtigung dar.

Zu Abs. 5:

Aus den bereits zu Abs. 4 genannten Gründen ist auch eine (auch nur teilweise) Löschung parlamentarischer Materialien in der Regel ausgeschlossen. Weiters kann einer Löschung auch der Art. 17 Abs. 3 lit. d DSGVO (im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke) entgegenstehen oder die Verarbeitung gemäß Art. 17 Abs. 3 lit. a oder b DSGVO erforderlich sein. Das Recht auf Löschung muss daher notwendigerweise in Bezug auf die jeweiligen internen Dokumente ausgeschlossen werden, da auch (aufwändige) Einzelfallprüfungen in der Regel nicht zum Erfolg führen können. In Bezug auf personenbezogene Daten in veröffentlichten parlamentarischen Materialien sind Lösungsanträge dagegen zulässig. Ein gelinderes Mittel als die Beschränkung des Lösungsrechts auf die in veröffent-

lichten parlamentarischen Dokumenten enthaltenen personenbezogenen Daten ist auf Grund der Dokumentationsanforderlichkeiten und der für Originaldokumente geltende sachliche Immunität nicht denkbar.

Zu Abs. 6:

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung spielt infolge der notwendigen Beschränkung der anderen Betroffenenrechte keine gesonderte Rolle. Da das Recht auf Berichtigung nur in Bezug auf offenkundige Unrichtigkeiten gilt, wird für die Überprüfung der Richtigkeit kein längerer Zeitraum benötigt. Die Abgabe einer Erklärung nach Abs. 4 führt wiederum nicht dazu, dass die betreffenden personenbezogenen Daten geändert werden, weshalb insofern auch eine Einschränkung der Verarbeitung nicht in Betracht kommt. Wenn personenbezogene Daten in veröffentlichten parlamentarischen Materialien gelöscht werden, bleibt - wie oben ausgeführt - das jeweilige Originaldokument erhalten, sodass für Art. 18 Abs. 1 lit. b und c der DSGVO kein Anwendungsbereich verbleibt.

Auch für die Mitteilungspflicht nach Art. 19 DSGVO verbleibt kaum ein Anwendungsbereich, weil das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung ausgeschlossen und das Recht auf Berichtigung und Löschung stark eingeschränkt ist.

Zu Abs. 7:

Für das Widerspruchsrecht gelten im Wesentlichen dieselben Überlegungen wie für das Recht auf Löschung. Abweichend von Art. 21 Abs. 1 zweiter Satz DSGVO muss der Verantwortliche allfällige schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen überwiegen, lediglich glaubhaft machen. Dies ist darin begründet, dass die Notwendigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten im parlamentarischen Prozess sehr stark von politischen Wertungen, Kontrollinteressen etc. abhängt, weshalb ein formeller Nachweis entsprechender Gründe nicht möglich ist.

Zu Abs. 8:

Die in den Abs. 4 bis 7 genannten Beschränkungen kommen nur insoweit zur Anwendung als dies jeweils zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landtages einschließlich seiner Mitglieder erforderlich ist. So kann zB hinsichtlich eines parlamentarischen Dokuments, das nicht unter die sachliche Immunität fällt und dessen Aufbewahrung auch für Dokumentations- oder Archivierungszwecke nicht mehr erforderlich ist, ausnahmsweise doch eine Löschverpflichtung bestehen.

Zu § 28c

Bei zugeleiteten Verhandlungsgegenständen (zB Regierungsvorlagen, Berichte der Landesregierung oder ihrer Mitglieder, Petitionen, Volksbegehren und Auslieferungersuchen) hat der Landtag keinen Einfluss auf die darin allenfalls enthaltenen personenbezogenen Daten. Er hat diese Verhandlungsgegenstände entsprechend den verfahrensrechtlichen Bestimmungen zu behandeln. Vergleichbares gilt für Akten, die einem Untersuchungsausschuss vorgelegt werden (Art. 46 Abs. 1a L-VG). Diese wurden vom vorlagepflichtigen Organ als für den Untersuchungsgegenstand potentiell relevant eingestuft und eine Interessenabwägung (Anlage 1, § 11 Abs. 2, § 42 Abs. 6) vorgenommen. Der Untersuchungsausschuss darf sie gemäß seinem verfassungsmäßigen Auftrag verwenden; nach Ende seiner Tätigkeit werden sie gegebenenfalls wieder an das vorlagepflichtige Organ zurückgestellt.

Rechte von betroffenen Personen, die sich auf die (Inhalte der) übermittelten Informationen beziehen, sind in diesen Fällen daher ausschließlich gegenüber der zuleitenden Stelle oder Person geltend zu machen. Nur diese kann beurteilen, aus welchen Gründen die Verwendung der jeweiligen Daten erforderlich ist/war oder inwieweit Anträgen von Betroffenen zu entsprechen ist. Der Landtag als Empfänger der jeweiligen Daten ist über allfällige Anpassungen unverzüglich zu informieren, damit die adaptierte Version gegebenenfalls der weiteren Behandlung zugrunde gelegt werden kann.

Eine Weiterverarbeitung der übermittelten Informationen im Bereich des Landtages (z. B. Übernahme in einen Ausschussbericht) ist von dieser Regelung nicht umfasst. Hier gelten die Vorschriften nach Abs. 1 bis 8 und § 3a. Auch bezüglich der Veröffentlichung zugeleiteter Informationen sind die Betroffenenrechte gegenüber dem Landtag geltend zu machen.

Zu § 28d

In Anlehnung an § 17 InfOG wird zudem eine Bestimmung über eine Datenschutzbelehrung aufgenommen.

Zu Z 12 (§ 31a Abs. 5):

In der Aktuellen Stunde kann gemäß § 31 Abs. 5 jeweils nur ein Antrag behandelt werden, sie ist nach der Fragestunde durchzuführen. Der bislang enthaltene dritte und letzte Satz („Für den Fall, daß die Behandlung einer Dringlichen Anfrage (§ 30) über 16 Uhr hinausgeht, ist die Aktuelle Stunde im Anschluß daran

durchzuführen.“) soll entfallen, weil er bei der letzten Novellierung mit LGBl. Nr. 76/2013 offenbar versehentlich nicht gestrichen worden ist (nur der bislang zweite Satz „Die Aktuelle Stunde hat grundsätzlich vor 16 Uhr zu beginnen.“ wurde ersetzt durch „Die Aktuelle Stunde ist nach der Fragestunde durchzuführen.“), obwohl die Regelung über den spätesten Beginn eigentlich schon entfallen ist und der letzte Satz nunmehr überflüssig erscheint.

Zu Z 13, 14 und 15 (§ 58 Abs. 1, 3 bis 5, § 71 Abs. 10):

Nach Vorbild der Regelung in § 43 iVm § 57a des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates - Geschäftsordnungsgesetz 1975 wird auch bei Fristsetzungsanträgen (§ 58) und Misstrauensanträgen (gegen die Präsidenten des Landtages - § 6, und Mitglieder der Landesregierung - § 71 Abs. 8 in Verbindung mit Art. 56 L-VG; Beschlusserfordernisse für beide Arten von Misstrauensanträgen in § 71) eine kurze Debatte mit der Dauer von drei Minuten vorgesehen, pro Klub plus Antragsteller sollen fünf Minuten zur Verfügung stehen. Die Beschränkung der Anzahl der Anträge wird § 43 GOG nachempfunden.

Zu Z 16 (§ 78 Abs. 4):

Anpassung der verwendeten Begrifflichkeiten an das Informationsfreiheitsgesetz und Art. 22a Abs. 2 B-VG (Geheimhaltung statt [Amts-]Verschwiegenheit; Abstellen auf überwiegende berechnigte Interessen im Sinne des Art. 22a Abs. 2 B-VG) sowie an die im L-VG gewählte Formulierung.

Zu Z 17 (Inkrafttreten):

Die Inkrafttretenbestimmung sieht wegen der Anpassungen an das Informationsfreiheitsgesetz sowie die Änderung in Art. 20 und 22a B-VG generell ein Inkrafttreten am 1. September 2025 vor.

Zu Anlage 1:

In § 9 Abs. 5 und § 23 Abs. 1 Z 3 erfolgen geringfügige begriffliche Anpassungen im Hinblick auf die Informationsfreiheit.

Zu den Artikel 3 bis 5 (Änderung der Burgenländischen Gemeindeordnung 2003, des Eisenstädter Stadtrechtes 2003 und des Ruster Stadtrechtes 2003)

Zu Z 1 (Inhaltsverzeichnis):

Terminologische Anpassungen auf Grund der Einführung Informationsfreiheit werden auch im Inhaltsverzeichnis übernommen.

Zu Z 2 (§ 17a Bgld. GemO 2003, § 8a Eisenstädter Stadtrecht 2003 und § 8a Ruster Stadtrecht 2003):

Während es bisher für die Organe der Gemeinde auf Grund der unmittelbaren Geltung von Art. 20 Abs. 3 B-VG keiner ausdrücklichen Verschwiegenheitsbestimmung bedurfte, ist es nun notwendig, eine solche unter Beachtung der Vorgaben des Art. 22a Abs. 2 B-VG und mit einer Möglichkeit zur Entbindung zu normieren. Als erforderliche Klarstellung im Zuge der Anpassung der gemeinderechtlichen Gesetze an die Informationsfreiheit wird daher eine landesrechtliche Regelung über die Geheimhaltungspflichten der Gemeindeorgane aufgenommen, aus der sich keine gravierenden Änderungen im Vergleich zur geltenden Rechtslage ergeben. Die grundsätzliche Beibehaltung der Geheimhaltungspflichten erscheint geboten bzw. zweckmäßig.

Die neu aufgenommene Bestimmung regelt weiterhin die Geheimhaltungspflicht der Gemeindeorgane. Es soll aber deutlicher zum Ausdruck kommen, dass eine Geheimhaltungspflicht nur soweit bestehen kann, als nicht eine Pflicht zur Gewährung von Informationszugang nach dem IFG oder nach anderen Bundes- oder Landesgesetzen besteht. Weiters können gesetzlich auch andere Ausnahmen von der Geheimhaltung normiert werden. Beispiele dafür sind die Möglichkeit der Entbindung von der Geheimhaltungspflicht nach § 18 GemO 2003 bzw. § 11 Eisenstädter Stadtrecht 2003 bzw. § 11 Ruster Stadtrecht 2003, die begrifflich aneinander angeglichen werden mit dieser Novelle.

Zu Z 3 bis 5 (Überschrift zu § 18, § 18 Abs. 1 und 5, § 40 Abs. 2 Bgld. GemO 2003, § 9 Abs. 1 und § 11 Eisenstädter Stadtrecht 2003, § 9 Abs. 1 und § 11 Ruster Stadtrecht 2003) und Z 5 (§ 37 Abs. 2 Eisenstädter Stadtrecht 2003 und § 37 Abs. 2 Ruster Stadtrecht 2003):

Mit dem Inkrafttreten des neuen Art. 22a B-VG sowie des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) wird das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen grundlegend neu geregelt. Dies betrifft insbesondere auch die Veröffentlichungspflichten sowie den individuellen Informationszugang im Wirkungsbereich von Gemeinden. Gemäß Art. 22a Abs. 2 B-VG iVm § 1 IFG ist die gesamte Verwaltung im funktionellen Sinn zur Information verpflichtet. Gemeindeorgane im funktionellen Sinne (zB Bürgermeister, Gemeinderat, Gemeindevorstand) unterliegen damit einer Verpflichtung zur Erteilung von Informationen.

Klarzustellen ist, dass gemäß § 14 Abs. 1 der Bgld. GemO 2003 auch der Gemeindekassier zu den Organen der Gemeinde zählt. Somit finden die Bestimmungen zur Informationsfreiheit auch auf den Gemeindekassier Anwendung.

Gemäß Art. 22a Abs. 2 B-VG und den Bestimmungen des IFG sind Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern verpflichtet, Informationen von allgemeinem Interesse proaktiv zu veröffentlichen, sofern keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern sind von der proaktiven Veröffentlichungspflicht ausgenommen, nicht jedoch von der Informationserteilung auf Antrag, sie können solche Informationen unter den gleichen Voraussetzungen freiwillig veröffentlichen. Die Veröffentlichungspflicht und das Recht auf Informationszugang ergeben sich unmittelbar aus den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 22a B-VG sowie den einfachgesetzlichen Regelungen des IFG, wobei die konkreten Anforderungen und etwaige Geheimhaltungsgründe anhand der Bestimmungen des IFG zu beurteilen sind.

In der gemeindlichen Praxis werden insbesondere die Geheimhaltungsgründe „Vorbereitung einer Entscheidung“ sowie das „überwiegende berechtigte Interesse eines anderen“ von besonderer Relevanz sein. Eine Geheimhaltung ist insbesondere dann erforderlich, wenn eine rechtmäßige oder zweckmäßige Entscheidung eines Gemeindeorgans ohne Wahrung der Vertraulichkeit unmöglich gemacht oder erheblich erschwert würde. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen ein vorzeitiges Bekanntwerden der Informationen zu unzulässigem Druck auf die Mitglieder der Kollegialorgane der Gemeinde führen könnte. Die Geheimhaltungspflicht erfasst in diesem Zusammenhang sämtliche behördlichen Entscheidungen, insbesondere bescheidmäßige Erledigungen, die Erlassung von Verordnungen sowie Entscheidungen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung.

Überdies ist in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob ein ursprünglich bestehender Geheimhaltungsgrund nachträglich entfallen ist und die Information offengelegt werden kann.

Im Zuge der Angelobung und durch Leistung des Gelöbnisses verpflichten sich der Bürgermeister, der Vizebürgermeister und alle übrigen Mitglieder des Gemeinderats bereits zur gewissenhaften Beachtung der Verfassung sowie aller übrigen Gesetze.

Weder Art. 22a Abs. 2 B-VG noch das IFG begründen eigenständige Geheimhaltungspflichten, sondern setzen lediglich Grenzen für die Informationserteilung. Daher erscheint es erforderlich, solche Geheimhaltungspflichten ausdrücklich gesetzlich zu normieren. Die bisherigen Verweise auf die Amtsverschwiegenheit werden durch die Verpflichtung zur Geheimhaltung ersetzt.

Die Möglichkeit der Entbindung von der Geheimhaltungspflicht bleibt unberührt und es erfolgt eine terminologische Anpassung.

Zu Z 6 (§ 53 Abs. 4 erster Satz Bgld. GemO 2003) und Z 7 (§ 73 Abs. 1 Eisenstädter Stadtrecht 2003):

Es wird eine redaktionelle Anpassung vorgenommen.

Zu Z 7 (§ 53 Abs. 4 letzter Satz Bgld. GemO 2003, § 51 Abs. 4 Eisenstädter Stadtrecht 2003, § 50 Abs. 4 Ruster Stadtrecht 2003):

Das bestehende Auskunftsrecht des Antragsstellers im Rahmen einer Bürgerinitiative kann weitgehend unverändert bestehen bleiben, da es sich um ein individuelles Auskunftsrecht einer Person handelt, der ein spezielles Interesse an der konkreten Information zuerkannt wird und solche Regelungen durch das IFG nicht berührt werden. Die bisherige Frist von sechs Wochen für die Auskunftserteilung wird jedoch an die Frist von vier Wochen gemäß § 8 Abs. 1 IFG angeglichen. Zudem wird der Verweis auf die Amtsverschwiegenheit durch den Verweis auf die Geheimhaltungsgründe nach Art. 22a Abs. 2 B-VG ersetzt.

Zu Z 8 (§ 99 Abs. 13 Bgld. GemO 2003, § 95 Abs. 13 Ruster Stadtrecht 2003) und Z 9 (§ 96 Abs. 13 Eisenstädter Stadtrecht 2003):

Die Inkrafttretensbestimmungen sehen wegen der Anpassungen an das Informationsfreiheitsgesetz und des neuen Art. 22a B-VG ein Inkrafttreten mit 1. September 2025 vor.

Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse des Burgenländischen Landtages

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Einrichtung von Untersuchungsausschüssen

- § 1 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
- § 2 Mitglieder des Untersuchungsausschusses

2. Abschnitt

Organe von Untersuchungsausschüssen

- § 3 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses
- § 4 Aufgaben des Vorsitzenden
- § 5 Bestellung des Verfahrensrichters und des Verfahrensanwaltes
- § 6 Voraussetzungen für die Bestellung und Stellung als Verfahrensrichter
- § 7 Aufgaben des Verfahrensrichters
- § 8 Voraussetzungen für die Ernennung und Stellung als Verfahrensanwalt
- § 9 Aufgaben des Verfahrensanwaltes
- § 10 Beratung über Hinweise des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes

3. Abschnitt

Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen

- § 11 Medienöffentliche und vertrauliche Sitzungen
- § 12 Beratungen des Untersuchungsausschusses
- § 13 Verhandlungsschrift
- § 14 Anwendung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages

4. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen zur Beweisaufnahme

- § 15 Beweisaufnahme
- § 16 Grundsätzlicher Beweisbeschluss
- § 17 Ergänzende Beweisanforderungen
- § 18 Unterrichtung über Beweisbeschlüsse und ergänzende Beweisanforderungen
- § 19 Ladung von Auskunftspersonen mit Beschluss
- § 20 Ladung von Auskunftspersonen auf Verlangen
- § 21 Inhalt und Ausfertigung der Ladung

5. Abschnitt

Befragung von Auskunftspersonen

- § 22 Rechte und Pflichten von Auskunftspersonen
- § 23 Unzulässigkeit der Befragung als Auskunftsperson
- § 24 Aussagepflicht der öffentlich Bediensteten und Verständigung der Dienstbehörde oder des Dienstgebers
- § 25 Folgen des Ausbleibens von Auskunftspersonen
- § 26 Befragung von Auskunftspersonen
- § 27 Belehrung der Auskunftspersonen
- § 28 Einleitende Stellungnahme und Erstbefragung
- § 29 Worterteilung bei Befragungen
- § 30 Zulässigkeit von Fragen an Auskunftspersonen
- § 31 Einsichtnahme in Akten und Unterlagen
- § 32 Aussageverweigerungsgründe
- § 33 Glaubhaftmachung der Gründe für die Aussageverweigerung
- § 34 Vertrauensperson

6. Abschnitt

Sonstige Maßnahmen der Beweisaufnahme

- § 35 Schriftliche Äußerungen
- § 36 Beweiserhebungen und Vorlage von Akten und Unterlagen durch Behörden

- § 37 Beweis durch Sachverständige
- § 38 Bestellung zum und Stellung als Sachverständiger
- § 39 Einsichtnahme in Akten und Unterlagen durch Sachverständige
- § 40 Augenschein

7. Abschnitt

Ende der Beweisaufnahme und Berichterstattung

- § 41 Ende der Beweisaufnahme
- § 42 Berichterstattung

8. Abschnitt

Kostenersatz

- § 43 Kostenersatz für Verfahrensrichter und Verfahrensanwalt
- § 44 Kostenersatz für Auskunftspersonen und Vertrauenspersonen
- § 45 Kostenersatz für Sachverständige

9. Abschnitt

Sanktionen

- § 46 Beugemittel
- § 47 Strafbestimmungen

1. Abschnitt

Einrichtung von Untersuchungsausschüssen

§ 1

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

(1) Zur Untersuchung bestimmter abgeschlossener Vorgänge aus dem Bereich der Landesverwaltung einschließlich der Tätigkeiten von Organen des Landes, durch die das Land, unabhängig von der Höhe der Beteiligung, wirtschaftliche Beteiligungs- und Aufsichtsrechte wahrnimmt, kann der Landtag durch Beschluss einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Ebenso ist auf schriftliches Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Landtages ein solcher Untersuchungsausschuss einzusetzen.

(2) Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch Beschluss des Landtages ist unzulässig, solange ein durch Beschluss des Landtages eingesetzter Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit nicht abgeschlossen hat. Ebenso ist ein von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages unterstütztes Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unzulässig, solange ein durch Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages eingesetzter Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit noch nicht abgeschlossen hat. Die zeitgleiche Unterstützung mehrerer Untersuchungsausschüsse durch einen Landtagsabgeordneten ist nicht zulässig. Jedenfalls unzulässig ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wenn kein Bezug zur laufenden oder zu den beiden unmittelbar vorangegangenen Gesetzgebungsperioden gegeben ist.

(3) Ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hat ebenso wie ein Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses den Gegenstand der Untersuchung genau zu bezeichnen.

(4) Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses nach §1 Abs. 1 letzter Satz obliegt dem Präsidenten des Landtages nach Beratung durch die Präsidialkonferenz.

(5) Innerhalb von fünf Werktagen nach Einlangen des Verlangens auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Landtagsdirektion hat der Präsident des Landtages die Präsidialkonferenz zur Beratung einzuberufen. Die Beratung hat sich auf die Frage der Zulässigkeit des Antrages im Sinne des Abs. 6 zu beziehen.

(6) Nach Beratung der Präsidialkonferenz und unter Bedachtnahme auf begründete Bedenken, die in der Präsidialkonferenz geäußert wurden, hat der Präsident des Landtages ein Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unverzüglich wegen Unzulässigkeit zurückzuweisen, wenn es eine Angelegenheit zum Gegenstand hat, die nicht zum Bereich der Landesverwaltung zählt, wenn es nicht von einem Viertel der Mitglieder des Landtages unterfertigt ist oder wenn es eingebracht wird, solange die Tätigkeit eines auf Grund eines Verlangens von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages eingesetzten Untersuchungsausschusses nicht beendet ist. Der Präsident des Landtages hat - wenn die Bekanntgabe nicht in einer Sitzung des Landtages erfolgt - die Mitglieder des Landtages von der Zurückweisung eines Antrages und vom hiefür maßgeblichen Grund unverzüglich schriftlich zu verständigen.

(7) Ist ein Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht nach Abs. 6 zurückzuweisen, hat der Präsident des Landtages den Untersuchungsausschuss unverzüglich einzusetzen und die im Landtag vertretenen Parteien zugleich aufzufordern, Mitglieder des Landtages in den Untersuchungsausschuss nach Maßgabe des § 2 zu entsenden.

(8) Ein Beschluss gemäß Abs. 6, mit dem das Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zurückgewiesen wird, kann gemäß § 20a des Burgenländischen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes beim Landesverwaltungsgericht Burgenland angefochten werden. Erachtet das Landesverwaltungsgericht einen Beschluss gemäß Abs. 6 für rechtswidrig, hat der Präsident des Landtages unverzüglich die erforderlichen Beschlüsse gemäß Abs. 7 zu fassen.

(9) Der Präsident des Landtages hat - wenn die Bekanntgabe nicht in einer Sitzung des Landtages erfolgt - die Mitglieder des Landtages von der Wirksamkeit und dem Tag der Einsetzung des Untersuchungsausschusses unverzüglich schriftlich zu verständigen.

(10) Ein Verlangen gemäß Abs. 1 kann bis zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Aufforderung an die im Landtag vertretenen Parteien gemäß Abs. 7 zurückgezogen werden.

§ 2

Mitglieder des Untersuchungsausschusses

(1) Die Zahl der Mitglieder eines Untersuchungsausschusses und seine fraktionelle Zusammensetzung entspricht jener des Hauptausschusses.

(2) Nach Maßgabe der ihnen zustehenden Zahl an Ausschussmitgliedern hat jede im Landtag vertretene Partei dem Präsidenten des Landtages eine Liste der in den Untersuchungsausschuss zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder zu übermitteln, die von mehr als der Hälfte der Landtagsabgeordneten jener Partei, die den Wahlvorschlag übermittelt, unterschrieben sein muss; diese gelten damit als entsendet. Sollte eine Partei keine Mitglieder und Ersatzmitglieder entsenden, hindert dies nicht die Aufnahme der Tätigkeit des Ausschusses, sofern mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder entsendet wurden.

(3) Der Präsident des Landtages hat die Mitglieder des Untersuchungsausschusses dem Landtag in der auf die Entsendung folgenden Sitzung bekannt zu geben.

(4) Scheidet ein Mitglied des Untersuchungsausschusses aus, gelten für eine neuerliche Entsendung die Abs. 2 und 3.

2. Abschnitt

Organe von Untersuchungsausschüssen

§ 3

Vorsitzender des Untersuchungsausschusses

(1) Der Präsident des Landtages ist Vorsitzender des Untersuchungsausschusses.

(2) Der Präsident kann sich in der Vorsitzführung wahlweise durch den Zweiten oder den Dritten Präsidenten vertreten lassen und ihnen auch Aufgaben gemäß § 4 Abs. 1 und 2 übertragen.

(3) Der Vorsitzende ist im Untersuchungsausschuss nicht stimmberechtigt. Er wird auf die Zahl der gemäß § 2 entsendeten Mitglieder nicht angerechnet.

§ 4

Aufgaben des Vorsitzenden

(1) Der Vorsitzende führt den Vorsitz in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Er hat sich bei der Vorsitzführung und bei der Durchführung der Befragung von Auskunftspersonen und Sachverständigen mit dem Verfahrensrichter zu beraten; bei seinen Entscheidungen hat der Vorsitzende die Rechtsmeinung des Verfahrensrichters gebührend zu berücksichtigen. In allen Verfahrensfragen ist nach Möglichkeit das Einvernehmen mit den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses herzustellen.

(2) Der Vorsitzende hat die Tagesordnung festzulegen und den Untersuchungsausschuss zu seinen Sitzungen einzuberufen, die Sitzungen des Untersuchungsausschusses zu eröffnen und zu schließen, die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses sowie die Befragung von Auskunftspersonen und Sachverständigen zu leiten, die Reihung der Befragung vorzunehmen. Ebenso obliegt ihm die Wahrnehmung der Ordnungsbefugnisse, insbesondere hat er für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der Sitzung zu sorgen. Der Vorsitzende hat nach Beratung mit dem Verfahrensrichter einen Arbeitsplan vorzubereiten und diesen dem Untersuchungsausschuss vorzulegen. Der Vorsitzende ist berechtigt, die

Sitzungen zu unterbrechen, er hat sie zu unterbrechen, wenn dies ein Drittel der Mitglieder des Untersuchungsausschusses oder der Verfahrensanwalt verlangt.

(3) Der Vorsitzende hat die Öffentlichkeit regelmäßig über den Fortgang der Untersuchung zu informieren.

§ 5

Bestellung des Verfahrensrichters und des Verfahrensanwaltes

(1) Für die Dauer der Gesetzgebungsperiode hat der Präsident des Landtages nach Beratung in der Präsidialkonferenz und nach Einholung von Vorschlägen der in Betracht kommenden Interessenvertretungen eine ständige Liste von Personen zu führen, die die persönlichen Voraussetzungen für die Funktion des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes erfüllen. Der Präsident hat diese Personen um Zustimmung zu ersuchen und gegebenenfalls die vorgesetzte Stelle zu unterrichten. Die Liste ist zu veröffentlichen.

(2) Sofern die Erstellung einer Liste von Verfahrensrichtern nach Abs. 1 nicht möglich ist, hat der Präsident des Landesgerichtes Eisenstadt dem Landtag binnen drei Wochen auf Ersuchen des Präsidenten 15 Richter zu benennen.

(3) Der Verfahrensrichter, der Verfahrensanwalt und deren jeweiligen Stellvertreter sind vom Untersuchungsausschuss mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen zu wählen. Der Wahlvorschlag ist auf Grund der Liste gemäß Abs. 1 von der Präsidialkonferenz zu erstatten.

(4) Der Untersuchungsausschuss kann den Verfahrensrichter, den Verfahrensanwalt sowie deren jeweiligen Stellvertreter auf Vorschlag des Vorsitzenden abwählen.

§ 6

Voraussetzungen für die Bestellung und Stellung als Verfahrensrichter

(1) Zum Verfahrensrichter und seinem Stellvertreter können nur Personen bestellt werden, die gemäß Art. 86 Abs. 1 B-VG zum Richter ernannt worden sind. Sie müssen sich im dauernden Ruhestand befinden oder für die Dauer des Untersuchungsausschusses gemäß § 75d des Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, in der Fassung des Bundesgesetz BGBl. I Nr. 112/2019, dienstfrei gestellt sein. Ebenso können zum Verfahrensrichter und seinem Stellvertreter Personen bestellt werden, die gemäß Art. 134 B-VG Mitglieder oder ehemalige Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes sind, sowie Personen, die gemäß Art. 147 B-VG Mitglieder oder ehemalige Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes sind.

(2) Der Verfahrensrichter und sein Stellvertreter müssen durch ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen Gewähr dafür bieten, dass sie unabhängig von den Fraktionen des Untersuchungsausschusses für die Einhaltung der Verfahrensregeln Sorge tragen und ihre Position im Interesse des Grundrechts- und Persönlichkeitsschutzes sowohl unmittelbar als auch mittelbar vom Verfahren betroffener Personen ausüben.

(3) Im Fall der Verhinderung oder des vorzeitigen Endes seiner Tätigkeit bis zur Neuwahl wird der Verfahrensrichter durch seinen Stellvertreter vertreten.

(4) Dem Verfahrensrichter und seinem Stellvertreter gebührt für ihre jeweilige Tätigkeit eine Vergütung gemäß § 43, sofern nicht Unentgeltlichkeit vereinbart wird.

(5) Der Verfahrensrichter hat bei allen Sitzungen des Untersuchungsausschusses anwesend zu sein. Er kann in alle dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten und Unterlagen Einsicht nehmen.

§ 7

Aufgaben des Verfahrensrichters

(1) Der Verfahrensrichter nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses teil. Er hat sich zur Wahrung seiner Aufgaben unverzüglich an den Vorsitzenden zu wenden. Erforderlichenfalls hat der Vorsitzende die Befragung zu unterbrechen.

(2) Der Verfahrensrichter hat den Untersuchungsausschuss bei der Bestimmung des Ganges der Beweisaufnahme und der Handhabung der Verfahrensordnung zu unterstützen, auf die Erforschung des für die Untersuchung maßgebenden Sachverhalts hinzuwirken und sich bei der Beratung des Ausschusses von der Beachtung der Gesetzmäßigkeit und Rücksichten auf möglichste Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis der Beweisaufnahme leiten zu lassen.

(3) Der Verfahrensrichter belehrt die Auskunftspersonen und die Sachverständigen über ihre Rechte und Pflichten und führt im Auftrag des Vorsitzenden die Erstbefragung gemäß § 28 durch. Er kann gemäß

§ 29 Abs. 3 ergänzende Fragen an die Auskunftsperson und den Sachverständigen richten. Er hat den Vorsitzenden auf unzulässige Fragen gemäß § 30 hinzuweisen sowie ihn in allen Verfahrensfragen zu beraten und kann den Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 11 Abs. 3 beantragen.

(4) Der Verfahrensrichter hat tunlichst während der Dauer der Beweisaufnahme, jedenfalls unverzüglich nach dem Ende derselben (§ 15 Abs. 3, § 41) einen schriftlichen Feststellungsbericht zu erstellen und diesen zugleich an den Vorsitzenden und die Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu übermitteln. Der Feststellungsbericht hat neben dem Verlauf des Verfahrens eine zusammenfassende Darstellung der Beweisaufnahme zu enthalten.

§ 8

Voraussetzungen für die Ernennung und Stellung als Verfahrensanwalt

(1) Zum Verfahrensanwalt und seinem Stellvertreter kann bestellt werden, wer durch seine beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen Gewähr dafür bietet, dass er unabhängig von den Fraktionen des Untersuchungsausschusses für die Einhaltung der Verfahrensregeln Sorge trägt und seine Position im Interesse des Grundrechts- und Persönlichkeitsschutzes ausübt. Sie müssen mindestens fünf Jahre in einem Beruf tätig gewesen sein, in dem der Abschluss des Studiums der Rechtswissenschaften oder der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien Berufsvoraussetzung ist.

(2) Im Fall der Verhinderung wird der Verfahrensanwalt durch seinen Stellvertreter vertreten.

(3) Dem Verfahrensanwalt und seinem Stellvertreter gebührt für ihre jeweilige Tätigkeit eine Vergütung gemäß § 43, sofern nicht Unentgeltlichkeit vereinbart wird.

(4) Der Verfahrensanwalt und sein Stellvertreter können bei allen Sitzungen des Untersuchungsausschusses anwesend sein und in alle dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten und Unterlagen Einsicht nehmen.

§ 9

Aufgaben des Verfahrensanwaltes

(1) Der Verfahrensanwalt nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses teil. Er hat sich zur Wahrung seiner Aufgaben unverzüglich an den Vorsitzenden zu wenden. Erforderlichenfalls hat der Vorsitzende die Befragung zu unterbrechen.

(2) Der Verfahrensanwalt hat den Vorsitzenden oder den Verfahrensrichter jederzeit unverzüglich auf Verletzungen der Verfahrensordnung sowie auf Eingriffe in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte einer Auskunftsperson hinzuweisen.

(3) Der Verfahrensanwalt hat unverzüglich auf Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 11 Abs. 3 und auf das Vorliegen von Aussageverweigerungsgründen gemäß §§ 32 und 33 hinzuweisen.

(4) Der Verfahrensanwalt hat Auskunftspersonen vor und während einer Befragung im Untersuchungsausschuss die Möglichkeit zur vertraulichen Beratung zu geben. Zu diesem Zweck kann er auch eine Unterbrechung der Sitzung verlangen.

(5) Der Verfahrensanwalt ist zur Verschwiegenheit über die ihm anvertrauten Angelegenheiten und die ihm sonst in dieser Eigenschaft bekanntgewordenen Tatsachen, deren Geheimhaltung im überwiegenden berechtigten Interesse einer Auskunftsperson gelegen ist, verpflichtet. Er hat in gerichtlichen und sonstigen behördlichen Verfahren nach Maßgabe der verfahrensrechtlichen Vorschriften das Recht auf diese Verschwiegenheit.

§ 10

Beratung über Hinweise des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes

Trägt der Vorsitzende den Hinweisen des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes nicht Rechnung, so hat jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses das Recht, eine Beratung in zumindest vertraulicher Sitzung gemäß § 12 zur Klärung dieser Frage zu verlangen. Der Vorsitzende gibt seine nach dieser Beratung getroffene Entscheidung unter Angabe der Gründe zu Beginn der fortgesetzten Beratung oder Befragung bekannt.

3. Abschnitt **Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen**

§ 11

Medienöffentliche und vertrauliche Sitzungen

(1) Bei der Anhörung von Auskunftspersonen und Sachverständigen wird Medienvertretern vom Vorsitzenden nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten Zutritt gewährt. Ton- und Bildaufnahmen sind ausschließlich für Zwecke der Protokollierung gemäß § 13 und der Übertragung innerhalb der Landtagsgebäudes gestattet.

(2) Die Medienöffentlichkeit ist auszuschließen, wenn

1. überwiegende schutzwürdige Interessen der Allgemeinheit, der Auskunftsperson oder Dritter dies gebieten,
2. es zum Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen notwendig ist oder
3. der Ausschluss der Öffentlichkeit im Interesse der Erlangung einer wahrheitsmäßigen Aussage erforderlich erscheint.

(3) Der Vorsitzende entscheidet über den Ausschluss der Öffentlichkeit aus eigenem, auf Antrag des Verfahrensrichters, eines Mitglieds, einer Auskunftsperson oder des Verfahrensanwalts.

(4) Der Inhalt nicht medienöffentlicher Sitzungen der Untersuchungsausschüsse ist vertraulich und als geheim zu qualifizieren. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses und die sonstigen an nichtöffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses beteiligten Personen sind vom Präsidenten des Landtages auf die Wahrung der Vertraulichkeit zu vereidigen. Die Verhandlungsschriften über Sitzungen, deren Inhalt vertraulich ist, sind ebenso wie alle anderen ausschließlich in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Dokumente und verbreiteten Informationen als geheim zu qualifizieren und dürfen nur den Ausschussmitgliedern übermittelt werden. Die von Rechtsträgern vorgelegten Akten dürfen nicht veröffentlicht werden.

(5) Die Befragung von Auskunftspersonen kann in vertraulicher Sitzung stattfinden. Bei der Befragung von öffentlich Bediensteten ist eine Mitteilung gemäß § 24 zu berücksichtigen.

(6) Auf Beschluss des Untersuchungsausschusses dürfen

1. von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses namhaft gemachte Personen, die zur Unterstützung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses beschäftigt und in deren Auftrag tätig sind, sowie
2. von den Klubs namhaft gemachte Personen

zum Zweck der Unterstützung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe in als vertraulich zu qualifizierende Verhandlungsschriften und Akten Einsicht nehmen. Gemäß Z 1 oder 2 namhaft gemachte Personen sind vom Präsidenten des Landtages auf die Wahrung der Vertraulichkeit zu vereidigen.

§ 12

Beratungen des Untersuchungsausschusses

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses sind, soweit er nicht anderes beschließt, vertraulich.

§ 13

Verhandlungsschrift

(1) Über die Sitzungen des Untersuchungsausschusses wird eine amtliche Verhandlungsschrift geführt. § 49 Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass

1. Schriftstücke, die in der Sitzung des Ausschusses den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht wurden, nach den Vorschriften für Beweismittel zu behandeln sind und nicht der amtlichen Verhandlungsschrift beigelegt werden,
2. über allfällige Einwendungen gegen die amtliche Verhandlungsschrift der Vorsitzende nach Beratung mit dem Verfahrensrichter entscheidet.

(2) Beweiserhebungen werden wörtlich protokolliert. Über sonstige Beratungen ist eine auszugsweise Darstellung zu verfassen, sofern der Ausschuss nichts anderes beschließt.

(3) Das übertragene Protokoll der Befragung ist der Auskunftsperson bzw. dem Sachverständigen nachweislich zu übermitteln. Die Auskunftsperson bzw. der Sachverständige kann binnen drei Tagen ab Übermittlung Einwendungen gegen Fehler der Übertragung erheben sowie einzelne Berichtigungen in

geringfügigem Ausmaß anregen. Über Einwendungen und Berichtigungen entscheidet der Untersuchungsausschuss. Angenommene Berichtigungen sind dem Protokoll anzuschließen.

§ 14

Anwendung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages

Soweit diese Verfahrensordnung nichts anderes bestimmt, ist das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, LGBl. Nr. 47/1981, in der jeweils geltenden Fassung, auf die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse anzuwenden.

4. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen zur Beweisaufnahme

§ 15

Beweisaufnahme

(1) Der Untersuchungsausschuss ist befugt, Beweise im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes zu erheben. Beweise werden aufgrund von Beweisbeschlüssen, der ergänzenden Beweisanforderungen sowie der Ladung von Auskunftspersonen und Sachverständigen erhoben.

(2) Als Beweismittel kann alles verwendet werden, was geeignet ist, der Untersuchung im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes zu dienen. Ausgeschlossen sind jedoch solche Beweismittel, die durch eine strafbare Handlung oder durch die Umgehung gesetzlicher Bestimmungen erlangt worden sind.

(3) Die Beweisaufnahme endet mit Feststellung des Vorsitzenden oder unter Beachtung der Endigungsgründe gemäß § 41 von Gesetzes wegen. Das Ende der Beweisaufnahme ist sowohl in der amtlichen Verhandlungsschrift über die Ausschusssitzung als auch im schriftlichen Feststellungsbericht (§ 7 Abs. 4) festzuhalten.

§ 16

Grundsätzlicher Beweisbeschluss

(1) Der grundsätzliche Beweisbeschluss verpflichtet Organe des Landes zur vollständigen Vorlage von Akten und Unterlagen im Umfang des Untersuchungsgegenstands. Sie können zugleich um Beweiserhebungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand ersucht werden. Dies gilt nicht für die Vorlage von Akten und Unterlagen sowie Erhebungen, deren Bekanntwerden Quellen die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährden würde.

(2) Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 besteht nicht, soweit die rechtmäßige Willensbildung der Landesregierung und ihrer einzelnen Mitglieder oder ihre unmittelbare Vorbereitung beeinträchtigt wird.

(3) Der grundsätzliche Beweisbeschluss ist nach Beweisthemen zu gliedern und zu begründen. Die vom Untersuchungsgegenstand betroffenen Organe sind genau zu bezeichnen. Die Setzung einer angemessenen Frist ist zulässig.

(4) Im Fall eines aufgrund eines Verlangens gemäß § 1 Abs. 1 letzter Satz eingesetzten Untersuchungsausschusses kann die Einsetzungsminderheit nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses das Landesverwaltungsgericht gemäß § 20b Bgld. LVwGG zur Feststellung über den hinreichenden Umfang des grundsätzlichen Beweisbeschlusses anrufen. Gleiches gilt hinsichtlich einer Ergänzung des grundsätzlichen Beweisbeschlusses gemäß Abs. 5.

(5) Stellt das Landesverwaltungsgericht gemäß § 20b Bgld. LVwGG fest, dass der Umfang des grundsätzlichen Beweisbeschlusses nicht hinreichend ist, hat der Vorsitzende binnen zwei Wochen eine Ergänzung festzulegen. Der Beschluss ist den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bekannt zu geben.

(6) Im Fall einer Anrufung des Landesverwaltungsgerichtes zur Feststellung des nicht hinreichenden Umfangs der Ergänzung des grundsätzlichen Beweisbeschlusses gemäß Abs. 5 wird diese in dem vom Landesverwaltungsgericht gemäß § 20b Bgld. LVwGG festgestellten erweiterten Umfang wirksam. Der grundsätzliche Beweisbeschluss samt Ergänzung ist den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bekannt zu geben.

§ 17

Ergänzende Beweisanforderungen

(1) Der Untersuchungsausschuss kann aufgrund eines schriftlichen Antrags eines Mitglieds ergänzende Beweisanforderungen beschließen.

(2) Ein Viertel seiner Mitglieder kann ergänzende Beweisanforderungen verlangen. Das Verlangen wird wirksam, wenn die Mehrheit der Mitglieder in dieser Sitzung nicht den sachlichen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand mit Beschluss bestreitet.

(3) Eine ergänzende Beweisanforderung hat ein Organ gemäß § 16 Abs. 1 im Umfang des Untersuchungsgegenstands zur Vorlage bestimmter Akten und Unterlagen zu verpflichten oder um Erhebungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand zu ersuchen. Die Beweisanforderung ist zu begründen. Die Setzung einer angemessenen Frist ist zulässig.

(4) Bestreitet die Mehrheit der Mitglieder des Untersuchungsausschusses den sachlichen Zusammenhang eines Verlangens gemäß Abs. 2 mit dem Untersuchungsgegenstand, kann das verlangende Viertel der Mitglieder das Landesverwaltungsgericht gemäß § 20c Bgld. LVwGG zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses gemäß Abs. 2 anrufen. Mit der Feststellung des Landesverwaltungsgerichtes über die Rechtswidrigkeit dieses Beschlusses wird das Verlangen gemäß Abs. 2 wirksam.

§ 18

Unterrichtung über Beweisbeschlüsse und ergänzende Beweisanforderungen

(1) Beweisbeschlüsse und ergänzende Beweisanforderungen hat der Vorsitzende an die von der Untersuchung betroffenen Organe unverzüglich zu übermitteln.

(2) Der Vorsitzende hat die verpflichteten Organe über eine Anrufung und eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes gemäß § 16 Abs. 4 bis 6 und § 17 Abs. 4 unverzüglich zu unterrichten.

§ 19

Ladung von Auskunftspersonen mit Beschluss

Der Untersuchungsausschuss kann aufgrund eines schriftlichen Antrags eines Mitglieds die Ladung von Auskunftspersonen beschließen. Der Antrag hat die Auskunftspersonen und die Themen der Befragung zu benennen und kann einen Vorschlag für den Zeitpunkt der Befragung enthalten. Er ist unter Bedachtnahme auf den Untersuchungsgegenstand zu begründen.

§ 20

Ladung von Auskunftspersonen auf Verlangen

(1) Ein Viertel der Mitglieder des Untersuchungsausschusses kann in einer Sitzung die Ladung von Auskunftspersonen schriftlich verlangen. Im Verlangen sind die Auskunftspersonen und die Themen der Befragung zu benennen. Es kann einen Vorschlag für den Zeitpunkt der Befragung enthalten und ist unter Bezugnahme auf den Untersuchungsgegenstand zu begründen. Das Verlangen wird wirksam, wenn die Mehrheit der Mitglieder in dieser Sitzung nicht den sachlichen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand mit Beschluss bestreitet.

(2) Eine Auskunftsperson kann aufgrund eines Verlangens gemäß Abs. 1 höchstens zweimal geladen und gemäß dem 5. Abschnitt dieses Gesetzes befragt werden.

(3) Der Vorsitzende hat das Einlangen eines Verlangens gemäß Abs. 1 unverzüglich bekanntzugeben und dieses an die anwesenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu verteilen. Bis zum Ende der Sitzung können weitere Mitglieder des Ausschusses das Verlangen beim Vorsitzenden schriftlich unterstützen. Sofern ein Verlangen von mehr als der Hälfte der Mitglieder unterstützt ist, wird es in die Beschränkung gemäß Abs. 2 nicht eingerechnet.

(4) Bestreitet die Mehrheit der Mitglieder des Untersuchungsausschusses den sachlichen Zusammenhang eines Verlangens gemäß Abs. 1 mit dem Untersuchungsgegenstand, kann das verlangende Viertel der Ausschussmitglieder das Landesverwaltungsgericht mit der Frage der Zulässigkeit des Beschlusses gemäß Abs. 1 letzter Satz befassen. Mit der Feststellung des Landesverwaltungsgerichtes über die Rechtswidrigkeit dieses Beschlusses wird das Verlangen gemäß Abs. 1 wirksam.

§ 21

Inhalt und Ausfertigung der Ladung

(1) Die Ladung hat den Untersuchungsgegenstand und die Themen der Befragung, Ort und Zeit derselben sowie einen Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Rechte und Pflichten von Auskunftspersonen und den Kostenersatz sowie allfällige Folgen des Ausbleibens zu enthalten.

(2) Der Vorsitzende hat entsprechende Ladungen unverzüglich auszufertigen. Jede Ladung ist dem Empfänger zu eigenen Händen zuzustellen.

(3) Ist die zu ladende Auskunftsperson ein öffentlich Bediensteter, so ist gleichzeitig die zuständige Dienstbehörde oder der jeweilige Dienstgeber von der Ladung zu benachrichtigen.

5. Abschnitt

Befragung von Auskunftspersonen

§ 22

Rechte und Pflichten von Auskunftspersonen

(1) Die Auskunftsperson hat der Ladung Folge zu leisten und in der Befragung wahrheitsgemäß zu antworten. Davon unberührt bleiben die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 32. Die Auskunftsperson hat insbesondere das Recht

1. sich gemäß § 9 Abs. 4 vor und während ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss mit dem Verfahrensanwalt zu beraten,
2. sich bei ihrer Befragung von einer Vertrauensperson gemäß § 34 begleiten zu lassen und im Fall des Ausschlusses gemäß § 34 Abs. 4 die Befragung zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen,
3. eine einleitende Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 1 abzugeben,
4. Beweismittel und Stellungnahmen gemäß § 28 Abs. 3 vorzulegen,
5. die Zulässigkeit von Fragen gemäß § 30 Abs. 4 zu bestreiten,
6. Akten und Unterlagen gemäß § 31 zur Einsichtnahme vorgelegt zu erhalten,
7. den Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 11 Abs. 2 zu beantragen,
8. die amtliche Verhandlungsschrift nach § 13 übermittelt zu erhalten und Einwendungen gegen Fehler der Übertragung sowie wegen behaupteter Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit der Niederschrift zu erheben sowie
9. Kostenersatz gemäß § 44 zu begehren.

(2) Die Anhörung als Auskunftsperson alleine begründet weder eine Stellung in der Öffentlichkeit im Sinne von § 7a Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 32/2018, noch einen Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben im Sinne der §§ 6, 7, 7a und 29 Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 32/2018.

§ 23

Unzulässigkeit der Befragung als Auskunftsperson

Als Auskunftspersonen dürfen nicht angehört werden:

1. Personen, die wegen einer psychischen Krankheit, wegen einer geistigen Behinderung oder aus einem anderen Grund unfähig sind, die Wahrheit anzugeben;
2. Geistliche in Ansehung dessen, was ihnen in der Beichte oder sonst unter dem Siegel geistlicher Verschwiegenheit anvertraut wurde.

§ 24

Aussagepflicht der öffentlich Bediensteten und Verständigung der Dienstbehörde oder des Dienstgebers

Öffentlich Bedienstete dürfen sich bei der Befragung nicht auf die Verpflichtung zur Geheimhaltung berufen. Hält es die Dienstbehörde oder der Dienstgeber aufgrund der Verständigung gemäß § 11 Abs. 5 für erforderlich, dass die Befragung solcher Bediensteter teilweise oder zur Gänze in nicht medienöffentlicher (§ 11 Abs. 2) oder in vertraulicher Sitzung (§ 11 Abs. 5) stattfindet, so hat sie dies dem Untersuchungsausschuss mitzuteilen; dies gilt nicht im Fall einer neuerlichen Ladung gemäß § 20 Abs. 3 letzter Satz.

§ 25

Folgen des Ausbleibens von Auskunftspersonen

(1) Wenn eine Auskunftsperson der ihr gemäß § 21 zugestellten Ladung ohne genügende Entschuldigung nicht Folge leistet, kann der Untersuchungsausschuss beim Landesverwaltungsgericht die Verhängung einer Beugestrafe gemäß § 46 Abs. 1 beantragen. Der Antrag ist zu begründen.

(2) Der Untersuchungsausschuss kann die Auskunftsperson zugleich neuerlich laden und androhen, dass er bei nochmaliger Nichtbefolgung der Ladung die Vorführung beantragen werde. Leistet die Auskunftsperson einer solchen Ladung ohne genügende Entschuldigung nicht Folge, so kann der

Untersuchungsausschuss beschließen, an die Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung heranzutreten, um bei ihr die Vorführung der Auskunftsperson zu beantragen.

(3) Beschlüsse gemäß Abs. 1 und 2 sind vom Vorsitzenden auszufertigen.

(4) Auf Antrag des Ausschusses hat die Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung bei Zutreffen der Voraussetzungen nach Abs. 2 die Vorführung der Auskunftsperson vor den Untersuchungsausschuss nach § 19 Abs. 3 des AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2018 anzudrohen und nach den Bestimmungen des VVG, BGBl. Nr. 53/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 33/2013, unmittelbaren Zwang zum Zweck dieser Vorführung anzuwenden.

(5) Gegen die Vorführung gemäß Abs. 2 und 4 ist eine Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht zulässig.

§ 26

Befragung von Auskunftspersonen

(1) Die Auskunftspersonen sind einzeln in Abwesenheit der später zu hörenden Auskunftspersonen zu befragen.

(2) Auskunftspersonen, deren Aussagen voneinander abweichen, können einander gegenübergestellt werden. Dabei können unter Hinweis auf Widersprüche zwischen den Aussagen von allen Ausschussmitgliedern weitere Fragen zur Aufklärung dieser Widersprüche gestellt werden.

(3) Die Befragung einer Auskunftsperson soll drei Stunden nicht überschreiten und ist vom Vorsitzenden nach längstens vier Stunden für beendet zu erklären. Die einleitende Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 1 sowie Sitzungsunterbrechungen werden nicht eingerechnet.

§ 27

Belehrung der Auskunftspersonen

Der Verfahrensrichter hat zunächst die Personaldaten der Auskunftsperson zu prüfen. Er hat sie vor ihrer Befragung über die Gründe für eine Verweigerung der Aussage und einen Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage zu belehren. Diese Belehrung ist in der amtlichen Verhandlungsschrift festzuhalten.

§ 28

Einleitende Stellungnahme und Erstbefragung

(1) Der Verfahrensrichter hat der Auskunftsperson die Möglichkeit zu einer einleitenden Stellungnahme zu geben, die 20 Minuten nicht überschreiten soll.

(2) Der Verfahrensrichter führt anschließend im Auftrag des Vorsitzenden die Erstbefragung der Auskunftsperson zum Thema der Befragung durch, die 15 Minuten nicht überschreiten soll.

(3) Auskunftspersonen können Beweismittel und Stellungnahmen vorlegen, die zu den Ausschussakten zu nehmen sind.

§ 29

Worterteilung bei Befragungen

(1) Der Vorsitzende führt die Rednerliste und erteilt im Anschluss an die einleitende Stellungnahme den Ausschussmitgliedern das Wort zur Befragung der Auskunftsperson.

(2) Der Vorsitzende hat das Recht, aus wichtigen Gründen, insbesondere wenn dies der Verhandlungsökonomie oder der Wahrheitsfindung dient oder wenn Widersprüche klarzustellen sind, auf Anregung des Verfahrensrichters, auf Antrag eines Mitgliedes oder - falls kein Widerspruch erhoben wird - aus eigenem von der Reihenfolge der Worterteilungen abzuweichen oder einem Redner das Wort zu entziehen.

(3) Liegen keine Wortmeldungen mehr vor, so kann der Verfahrensrichter ergänzende Sachfragen an die Auskunftsperson richten.

§ 30

Zulässigkeit von Fragen an Auskunftspersonen

(1) Fragen an die Auskunftsperson müssen durch das in der Ladung festgelegte Beweisthema gedeckt sein.

(2) Die an die Auskunftsperson zu richtenden Fragen dürfen nicht unbestimmt, mehrdeutig, verfänglich, beleidigend oder unterstellend sein und nicht Grund- oder Persönlichkeitsrechte verletzen. Es

sind daher insbesondere solche Fragen unzulässig, in denen eine von der Auskunftsperson nicht zugestandene Tatsache als bereits zugestanden angenommen wird.

(3) Fragen, durch die einer Auskunftsperson Umstände vorgehalten werden, die erst durch ihre Antwort festgestellt werden sollen, dürfen nur gestellt werden, wenn die Auskunft nicht in anderer Weise erlangt werden kann.

(4) Wird eine Frage entgegen Abs. 1, 2 oder 3 gestellt, hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses nach Beratung mit dem Verfahrensrichter und dem Verfahrensanwalt die Frage für unzulässig zu erklären. Wird die Zulässigkeit einer Frage von einer Auskunftsperson, ihrer Vertrauensperson oder einem Mitglied des Untersuchungsausschusses bestritten oder erklärt der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses eine Frage für unzulässig, muss die Auskunftsperson die Frage nicht beantworten; beharrt der Fragesteller auf der Beantwortung, entscheidet der Untersuchungsausschuss nach Anhörung des Verfahrensrichters auf Antrag des Fragestellers darüber, ob die Auskunftsperson die Frage zu beantworten hat.

§ 31

Einsichtnahme in Akten und Unterlagen

(1) Bezieht sich eine Frage gemäß § 26 auf Akten oder Unterlagen, sind diese genau zu bezeichnen und der Auskunftsperson sowie dem Verfahrensanwalt zur Einsichtnahme vorzulegen. Sofern diese dem Untersuchungsausschuss nicht gemäß § 16 Abs. 1, §§ 35 oder 28 übermittelt wurden, hat der Fragesteller sie dem Vorsitzenden, dem Verfahrensrichter, dem Verfahrensanwalt und den anderen Fraktionen rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen.

(2) Ein Mitglied des Untersuchungsausschusses oder der Verfahrensanwalt kann daraufhin eine Unterbrechung der Sitzung zur Durchsicht und Prüfung der Zulässigkeit der Vorlage verlangen.

§ 32

Aussageverweigerungsgründe

(1) Die Aussage kann von einer Auskunftsperson verweigert werden:

1. über Fragen, deren Beantwortung die Privatsphäre der Auskunftsperson oder eines Angehörigen (§ 72 StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 111/2019) betreffen oder für sie oder einen Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung nach sich ziehen würde;
2. über Fragen, deren Beantwortung für die Auskunftsperson oder einen Angehörigen einen unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil nach sich ziehen würde;
3. in Bezug auf Tatsachen, über welche sie nicht aussagen können würde, ohne eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, sofern sie nicht von der Pflicht zur Geheimhaltung gültig entbunden wurde oder als öffentlich Bediensteter gemäß § 24 zur Aussage verpflichtet ist;
4. in Ansehung desjenigen, was ihr in ihrer Eigenschaft als Verteidiger oder Rechtsanwalt bekannt geworden ist;
5. über Fragen, welche die Auskunftsperson nicht beantworten können würde, ohne ein Kunst- oder Geschäftsgeheimnis zu offenbaren;
6. über die Frage, wie die Auskunftsperson ihr Wahlrecht oder Stimmrecht ausgeübt hat, wenn dessen Ausübung gesetzlich für geheim erklärt ist;
7. über Fragen, durch deren Beantwortung Quellen betroffen sind, deren Bekanntwerden die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährden würde.

(2) Die Aussage kann in den unter Z 1 und 2 angegebenen Fällen mit Rücksicht auf die dort bezeichneten Angehörigen auch dann verweigert werden, wenn die Ehe oder eingetragene Partnerschaft, welche die Angehörigkeit begründet, nicht mehr besteht.

§ 33

Glaubhaftmachung der Gründe für die Aussageverweigerung

(1) Eine Auskunftsperson, welche die Aussage verweigern will, hat die Gründe der Verweigerung bei der zu ihrer Befragung bestimmten Sitzung oder in ihrer schriftlichen Äußerung gemäß § 35 anzugeben und, falls dies ein Mitglied des Untersuchungsausschusses oder der Vorsitzende verlangt, glaubhaft zu machen.

(2) Der Vorsitzende entscheidet nach Beratung mit dem Verfahrensrichter über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung. Kommt er zur Auffassung, dass die Verweigerung der Aussage nicht gerechtfertigt ist, kann er bei fortgesetzter Verweigerung beim Landesverwaltungsgericht die Verhängung einer Beugestrafe gemäß § 46 beantragen. Der Antrag ist zu begründen.

§ 34

Vertrauensperson

(1) Jede Auskunftsperson kann bei ihrer Befragung vor dem Untersuchungsausschuss eine Vertrauensperson beiziehen.

(2) Der Verfahrensrichter hat die Vertrauensperson über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage der Auskunftsperson zu belehren. Diese Belehrung ist in der amtlichen Verhandlungsschrift festzuhalten.

(3) Aufgabe der Vertrauensperson ist die Beratung der Auskunftsperson. Die Vertrauensperson darf keine Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuss abgeben oder an Stelle der Auskunftsperson antworten. Sie kann sich bei Verletzungen der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson unmittelbar an den Verfahrensrichter oder den Verfahrensanwalt wenden.

(4) Als Vertrauensperson kann ausgeschlossen werden,

1. wer voraussichtlich als Auskunftsperson im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss geladen wird,
2. wer die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte,
3. wer gegen die Bestimmungen des Abs. 3 verstößt.

Die Auskunftsperson hat im Fall des Ausschlusses das Recht, die Befragung in Anwesenheit einer anderen Vertrauensperson fortzusetzen. Der Vorsitzende bestimmt den Zeitpunkt der Fortsetzung der Befragung.

(5) Der Vertrauensperson gebührt Kostenersatz gemäß § 44.

6. Abschnitt

Sonstige Maßnahmen der Beweisaufnahme

§ 35

Schriftliche Äußerungen

Auskunftspersonen können jederzeit zur schriftlichen Äußerung eingeladen werden.

§ 36

Beweiserhebungen und Vorlage von Akten und Unterlagen durch Behörden

Die Behörden, Ämter und Dienststellen des Landes sind verpflichtet, einem Ersuchen des Untersuchungsausschusses um Beweiserhebungen im Umfang des Untersuchungsgegenstandes Folge zu leisten und auf Verlangen ihre Akten und Unterlagen vorzulegen. Wenn an ordentliche Gerichte, Verwaltungsgerichte des Bundes oder Verwaltungsbehörden des Bundes heranzutreten ist, ist vorher das Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister herzustellen.

§ 37

Beweis durch Sachverständige

(1) Ist für die Aufnahme eines Beweises ein Sachverständiger notwendig, so kann der Untersuchungsausschuss diesen bestellen. Dabei soll, sofern nicht besondere Umstände etwas Anderes notwendig machen, vor allem auf die für Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellten Sachverständigen Bedacht genommen werden.

(2) Mit seiner Bestellung ist der Sachverständige zur Befragung zu laden; § 11 Abs. 5 ist sinngemäß anzuwenden. Ein Sachverständiger kann zur schriftlichen Äußerung aufgefordert werden, wenn sein Erscheinen vor dem Untersuchungsausschuss nicht zumutbar oder mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden wäre.

§ 38

Bestellung zum und Stellung als Sachverständiger

(1) Der Bestellung zum Sachverständigen hat Folge zu leisten, wer zur Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellt ist oder wer die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der geforderten Begutachtung ist, öffentlich als Erwerb ausübt oder zu deren Ausübung öffentlich angestellt oder ermächtigt ist.

(2) Aus denselben Gründen, welche Auskunftspersonen zur Verweigerung der Aussage berechtigen, kann die Enthebung von der Bestellung als Sachverständiger begehrt werden. § 32 ist sinngemäß anzuwenden.

(3) Auf die Befragung von Sachverständigen, den Ausschluss der Öffentlichkeit oder die Befragung in vertraulicher Sitzung ist § 11, auf die Niederschrift § 13 sinngemäß anzuwenden.

(4) Hinsichtlich der Verschwiegenheit von Sachverständigen gilt § 9 Abs. 5 sinngemäß.

(5) Dem Sachverständigen gebührt für seine Tätigkeit eine Vergütung gemäß § 45.

§ 39

Einsichtnahme in Akten und Unterlagen durch Sachverständige

Ein Sachverständiger kann in die für die Erfüllung seines Auftrags erforderlichen Akten und Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen, Einsicht nehmen.

§ 40

Augenschein

Zur Aufklärung des Untersuchungsgegenstandes kann der Untersuchungsausschuss aufgrund eines Beweisbeschlusses oder einer ergänzenden Beweisanforderung auch einen Augenschein im Landesgebiet, nötigenfalls mit Zuziehung eines bestellten Sachverständigen, vornehmen.

7. Abschnitt

Ende der Beweisaufnahme und Berichterstattung

§ 41

Ende der Beweisaufnahme

Die Beweisaufnahme endet, sofern dies nicht früher mit Feststellung des Vorsitzenden gemäß § 15 Abs. 3 geschieht, spätestens sechs Monate nach dem Tag der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, jedenfalls aber drei Monate vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode des Landtages nach Art. 12 L-VG, im Fall der Auflösung des Landtages nach Art. 13 L-VG endet die Beweisaufnahme mit Ausschreibung der Wahl.

§ 42

Berichterstattung

(1) Binnen eines Monats nach dem Ende der Beweisaufnahme hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses den Entwurf eines schriftlichen Schlussberichts nach Maßgabe des Abs. 3 zu erstellen und dem Untersuchungsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Im Fall der Beschlussfassung hat der Vorsitzende den schriftlichen Schlussbericht unverzüglich dem Landtag zuzuleiten.

(2) Der schriftliche Schlussbericht besteht jedenfalls aus der Wiedergabe des vom Verfahrensrichter verfassten schriftlichen Feststellungsberichts (§ 7 Abs. 4) und in einem weiteren Abschnitt aus einer Darstellung der festgestellten Tatsachen, dem Ergebnis der Untersuchung sowie Schlussfolgerungen und Wertungen zum Untersuchungsgegenstand. Der Bericht kann auch Empfehlungen beinhalten.

(3) Mindestens ein Drittel der Mitglieder des Untersuchungsausschusses hat das Recht, einen besonderen schriftlichen Bericht zu erstatten. Ein Minderheitsbericht ist entweder mit dem Hauptbericht des Ausschusses oder spätestens 24 Stunden vor Beginn der Landtagssitzung, in der der Gegenstand zur Verhandlung gelangt, der Landtagsdirektion zur Vorlage an den Präsidenten des Landtages zu übergeben. Die mündliche Berichterstattung über einen Minderheitsbericht ist unzulässig.

(4) Im Fall der Auflösung des Landtages nach Art. 13 L-VG beträgt die Frist gemäß Abs. 1 erster Satz höchstens einen Monat und jene nach Abs. 2 und Abs. 4 erster Satz eine Woche.

(5) Mit der Zuleitung des Schlussberichts gemäß Abs. 1 an den Landtag endet die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses.

(6) Bei der Berichterstellung und Berichterstattung sowie bei der Veröffentlichung des Ausschussberichts ist auf die Wahrung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen bei der Verwendung personenbezogener Daten, die gegenüber dem öffentlichen Informationsinteresse überwiegen, zu achten.

8. Abschnitt Kostenersatz

§ 43

Kostenersatz für Verfahrensrichter und Verfahrensanwalt

(1) Dem Verfahrensrichter und dem Verfahrensanwalt sowie deren Stellvertretern gebührt als Entschädigung für die Erfüllung ihrer Aufgaben für jede begonnene Stunde ein Zehntel der Entschädigung eines Ersatzmitgliedes des Verfassungsgerichtshofes für einen Sitzungstag (§ 4 Abs. 3 VfGG, BGBl. Nr. 85/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 24/2020). Für die Vergütung ihrer Reisekosten gelten die für Landesbedienstete geltenden Reisegebührenvorschriften sinngemäß. Für die Bemessung der Vergütung ist der Präsident zuständig.

(2) Der Präsident hat dem Verfahrensrichter und dem Verfahrensanwalt sowie deren Stellvertretern die zur Bewältigung ihrer administrativen Tätigkeiten notwendigen Sach- und Personalressourcen zur Verfügung zu stellen. Das zur Verfügung gestellte Personal ist bei Tätigkeiten im Auftrag des Verfahrensrichters, des Verfahrensanwalts sowie deren Stellvertreter ausschließlich an deren Weisungen gebunden.

§ 44

Kostenersatz für Auskunftspersonen und Vertrauenspersonen

Auskunftspersonen und Vertrauenspersonen, die zum Zweck der Befragung bzw. der Begleitung der Auskunftsperson von ihrem Wohn- bzw. Dienstort an den Sitz des Landtages reisen müssen, gebühren ein Ersatz der notwendigen Kosten. Die Landtagsdirektion hat bei Nachweis solcher Kosten diese zu ersetzen. Die für Landesbediensteten geltenden Reisegebührenvorschriften sind sinngemäß anzuwenden.

§ 45

Kostenersatz für Sachverständige

(1) Sachverständigen, die zur mündlichen Äußerung vor den Untersuchungsausschuss geladen wurden und zu diesem Zweck von ihrem Wohn- bzw. Dienstort an den Sitz des Landtags reisen müssen, gebührt ein Ersatz der notwendigen Kosten. Die Landtagsdirektion hat bei Nachweis solcher Kosten diese zu ersetzen. Die für Landesbedienstete geltenden Reisegebührenvorschriften sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Sachverständigen gebührt für die Erstattung von Gutachten eine angemessene Entschädigung. Darüber entscheidet der Präsident des Landtages.

9. Abschnitt Sanktionen

§ 46

Beugemittel

(1) Als Beugestrafe wegen Nichtbefolgung einer Ladung als Auskunftsperson kommt eine Geldstrafe in der Höhe von 500 Euro bis 5 000 Euro, im Wiederholungsfall in der Höhe von 2 000 Euro bis 10 000 Euro in Betracht.

(2) Als Beugestrafe wegen ungerechtfertigter Verweigerung der Aussage zu einer zulässigen Frage kommt eine Geldstrafe bis zu 1 000 Euro in Betracht.

(3) Zuständig zur Verhängung der Beugestrafe ist das Landesverwaltungsgericht auf Grund eines begründeten Antrages gemäß § 25 Abs. 1 oder § 33 Abs. 2.

§ 47

Strafbestimmungen

(1) Wer vor dem Untersuchungsausschuss als Auskunftsperson bei seiner Befragung zur Sache falsch aussagt oder als Sachverständiger einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten erstattet, ist vom Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

(2) Wer eine falsche Beweisaussage (Abs. 1) ablegt, um von sich oder einem Angehörigen Schande oder die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils abzuwenden, ist nicht zu bestrafen, wenn er von der Verbindlichkeit zur Ablegung eines Zeugnisses befreit war oder hätte befreit werden können und wenn er

1. nicht wusste, dass dies der Fall war,
2. den Befreiungsgrund nicht geoffenbart hat, um die schon aus der Offenbarung drohenden Folgen der bezeichneten Art abzuwenden, oder
3. zur Ablegung der Aussage zu Unrecht verhalten worden ist.

(3) Der Täter ist nach Abs. 1 ferner nicht zu bestrafen, wenn sich die Untersuchung gegen ihn gerichtet und er eine falsche Beweisaussage abgelegt hat, um die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung von sich abzuwenden.

(4) Die durch eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft begründete Eigenschaft einer Person als Angehöriger bleibt aufrecht, auch wenn die Ehe oder eingetragene Partnerschaft nicht mehr besteht.

(5) Der Täter ist jedoch auch bei Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 2 zu bestrafen, wenn es ihm insbesondere im Hinblick auf den aus der falschen Aussage einem anderen drohenden Nachteil dennoch zuzumuten ist, wahrheitsgemäß auszusagen.

(6) Wegen einer nach Abs. 1 mit Strafe bedrohten Handlung ist der Täter nicht zu bestrafen, wenn er die unwahre Erklärung vor Beendigung seiner Befragung richtigstellt.

(7) Die Weitergabe und Verbreitung von vertraulichen Unterlagen des Untersuchungsausschusses an zur Erlangung dieser Informationen nicht berechnete Personen ist unzulässig und vom Gericht mit Geldstrafe von bis zu 150 000 Euro zu ahnden.